

Metal-Arbeiter-Zeitung.

Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

Publikations-Organ des deutschen Metallarbeiter-Verbandes, der Allgem. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter (C. S. Nr. 20, Hamburg) und der freien Vereine der Metallarbeiter Deutschlands.

Erscheint wöchentlich einmal Samstags. Abonnementspreis bei der Post 80 M., in Partien direkt durch die Expedition billiger. Einzel-Abonnement nur bei der Post.

München, 12. Januar 1895.

Inserate die viergespaltene Zeitspalte über deren Raum 20 M. Debatton und Expedition: München, Welzenstraße 12.

Die Berufs- und Gewerbe-zählung. (Schluß.) II.

Die Aufgaben der Gewerbe-zählung.

Während die Berufsstatistik ein Bild von der Zusammensetzung der Bevölkerung zu geben hat, unter dem Gesichtspunkte, wie diese ihr Brod verdient, sich also ausschließlich auf die einzelnen Personen erstreckt, umfaßt die Gewerbestatistik die gewerblichen Unternehmungen in Ansehung ihres Umfangs und ihrer Leistungsfähigkeit. Es kann zweifelhaft sein, ob man in den Kreis der Erhebung die sogenannten freien Berufsarten und die rein landwirtschaftlichen Betriebe einzubeziehen habe. Bezüglich der freien Berufsarten geht wohl aber die allgemeine Ansicht dahin, daß man sie von der Gewerbe-zählung ausschließen könne. Die Ausschließung der rein landwirtschaftlichen Betriebe erscheint uns dagegen doch als ein Mangel. Eine scharfe Grenze zwischen Gewerbebetrieben und landwirtschaftlichen Betrieben ist nicht zu ziehen, und heut weniger denn je. Bereits bei den früheren Gewerbe-zählungen wurden Kunst- und Handelsgärtnerei, gewerbmäßige Tierzucht — hier unter Anschließung der Zucht landwirtschaftlicher Nutztiere! — in die Gewerbe-zählung einbezogen, zum Theil allerdings unter recht gewaltsamer Trennung von den rein landwirtschaftlichen Betrieben. Aber auch eine ganze Reihe von wirklichen Gewerbebetrieben: Molkereien, Spiritusbrennereien, Holzgüterfabriken; Torfgräberei und Torfbereitung, Thongräberei und Ziegelfabrikation sind wirtschaftlich nur dann in aller Schärfe zu erfassen, wenn man sie nicht von der Landwirtschaft losißt, aus der sie herausgewachsen sind, mit der sie in tausend innigen Wechselbeziehungen stehen. Andererseits kann man bei zahlreichen unserer Hausindustriellen thatsächlich im Zweifel sein, ob die Landwirtschaft oder die Hausindustrie ihr Hauptgewerbe ist. Ein erheblicher Bruchtheil des Einkommens der Hausindustriellen, häufig sogar der größere, fließt aus der Landwirtschaft. Weiterhin steht aber auch die Landwirtschaft in innigstem Zusammenhange mit der Maschinenindustrie. Für zahlreiche andere Industriezweige kommt sie als Hauptabnehmerin von Abfallstoffen (Thomaschlacke, Abzahnmalze etc.) so sehr in Betracht, daß die Trennung der Landwirtschaft von der Industrie ein ganz falsches Bild von der wirtschaftlichen Entwicklung geben kann. — Das alles sind Gründe, die bei der diesmaligen Gewerbe-zählung eine Einbeziehung der Landwirtschaft dringend erheischen.

Die Gewerbestatistik soll ein möglichst vollständiges Urtheil über den Umfang, die Leistungsfähigkeit und die Art und Weise der Produktion gestatten. Am ehesten wird noch — wenigstens was die Anlage der Erhebung anbetrifft — diese Aufgabe durch den amerikanischen

Zensus erfüllt, der freilich in Folge der Geheimnißrämerie der Unternehmer auf Zuverlässigkeit wenig Anspruch erheben kann. Die deutschen Gewerbe-zählungen, die von 1875 und die von 1882, sind aber von der Lösung der Aufgabe noch recht weit entfernt; und besonders die letztere muß, was die Anlage der Erhebung anbetrifft, geradezu als ein Rückschritt gegen 1875 bezeichnet werden, wenn auch die Daten der Erhebung von 1882 zuverlässiger, als die von 1875 sind.

Die Verschiedenartigkeit des Erhebungsdatums (die eine geschah am 1. Dezember 1875, die andere am 5. Juni 1882) erschwert, wie ohne weiteres einzusehen ist, die Vergleichbarkeit zwischen beiden ganz außerordentlich. Die Vergleichbarkeit wird aber weiter dadurch beeinträchtigt, daß von 1875 bis 1882 eine Aenderung in der Begriffsbestimmung von Haupt- und Nebenbetrieben, von Groß- und Kleinbetrieben stattgefunden hat. So kommt es denn, daß man gerade bei der wichtigsten Frage, die die Gewerbe-zählung von 1882 beantworten sollte, ob von 1875 bis 1882 eine Konzentration der Großbetriebe stattgefunden habe, anstatt auf sichere Daten, auf unsichere Schätzungen angewiesen ist.

In Bezug auf die Einteilung nach Haupt- und Nebenbetrieben mußte also diesmal wohl oder übel schon nach demselben Prinzip verfahren werden wie 1882. Auch in Bezug auf die Gruppierung der Groß- und Kleinbetriebe unter dem Gesichtspunkte der darin beschäftigten Personen dürfte keine Aenderung vorgenommen werden; und selbst die höchst ungeschickt gefaßte Klassifikation nach „Alleinbetrieben ohne Motoren“ und „Mitinhaber — Gehilfen- und Motoren- etc. Betrieben“ mußte weiter geschleppt werden.

Neben diesen Erhebungen aber mußte die neue Gewerbe-zählung als völlig neue Arbeit auftreten, die wirklich das Material zu einer volkswirtschaftlichen Beschreibung der gewerblichen Verhältnisse Deutschlands lieferte.

Zunächst wäre es wünschenswerth, wenn bezüglich des in Gewerbebetrieben beschäftigten Personals eine Theilung nach Altersklassen oder wenigstens nach Kindern, jungen Leuten und Erwachsenen (unter 14 Jahre, 14—16 Jahre, über 16 Jahre) vorgenommen würde. Eine solche Altersklassifikation bietet zwar bereits die Berufs-zählung, es dürfte aber doch wohl kaum zweifelhaft sein, daß es einen erheblichen Unterschied ausmacht, ob Kinder und Frauen im Großbetriebe oder im Kleinbetriebe oder in der Hausindustrie beschäftigt werden. — Eine weitere wünschenswerthe Verbesserung, die gleichfalls nicht aus der Systematik der bisherigen Ermittlung heraussfällt, wäre, neben der Aufzählung der Alleinbetriebe ohne Motoren eine Trennung der Gehilfenbetriebe mit Motoren von denen ohne Motoren auch für die Nebenbetriebe, die in zahlreichen Fällen durchaus nicht so belanglos sind, wie es nach der Gewerbe-zählung von 1882 den Anschein

haben könnte. Auch die Tabelle über die Motorenbezeugung müßte zunächst als Unterlage für die neue statistische Erhebung dienen, obwohl sie eigentlich in der Form, wie sie die Gewerbe-zählung, die nur deren Zahl, aber nicht deren Leistungsfähigkeit ermittelte, darstellt, ziemlich werthlos ist.

Voraus es aber bei der neuen Gewerbe-zählung wesentlich ankommt, das ist die Erfassung derjenigen Momente, die wirklich als Vergleichsmaßstab der einzelnen Betriebe unter einander dienen können. Als charakteristisches Merkmal für den einzelnen Betrieb galt den Redaktoren der Gewerbe-zählung von 1882 die Anzahl der in jedem Betriebe beschäftigten Personen. Aber nicht einmal für den handwerksmäßigen Betrieb, noch viel weniger für den fabrikmäßigen Großbetrieb kann die Arbeiterzahl (einschließlich Mitinhaber, technisches und kaufmännisches Personal) als Vergleichsmaßstab dienen. Eine Spinnerei mit fünfzig Arbeitern in Massachusetts oder in Lancashire ist zweifelsohne ein leistungsfähiger Großbetrieb als eine schließliche Spinnerei mit 100 Arbeitern; die Leistungsfähigkeit hängt eben hier nicht von der geringeren oder größeren Zahl der Arbeiter, sondern von der technischen Vollkommenheit der „Maschinen zur Formveränderung der Körper“, der Arbeitsmaschinen ab.

Deshalb ist auch die Kenntniß der Zahl der Motoren, selbst wenn bei diesen, was doch der Mindest-Anspruch sein müßte, die Leistungsfähigkeit angegeben wäre, nicht ausreichend zur Kennzeichnung des einzelnen Gewerbebetriebes.

Weit mehr als auf das Vorhandensein von Antriebsmaschinen, wäre Gewicht auf das Vorhandensein von Arbeitsmaschinen zu legen, was bei der Gewerbe-zählung von 1875 bereits angebahnt, 1882 aber nicht weiter fortgeführt worden ist. Natürlich erhielt man hierbei die verschiedenartigsten Formänderungsmaschinen bunt nebeneinander aufgeführt. Aber auch Arbeitsmaschinen gleicher Art können nicht einfach ihrer Zahl nach zur Charakteristik der betreffenden Betriebe dienen. „Ein Land mit 10 Millionen Feinspindeln ist deshalb nicht stärker, als ein anderes, kleineres oder größeres mit nur 5 Millionen Feinspindeln, weil es noch einmal so viel Spindeln besitzt; nein, es könnte sogar schwächer als letzteres sein, wenn dessen Feinspindeln z. B. lauter Seltfaktors wären oder gar nur von Hand zu drehende Feinspindeln“ (Engel). Ein Eisenwerk, das nach dem Thomas-Stahlverfahren arbeitet, ist leistungsfähiger, als ein solches, das das Bessemerverfahren oder das Zementverfahren beibehalten hat.

Das sind alles Fragen, die beantwortet werden müssen, wenn man die einzelnen Betriebe wirklich nach Rangklassen ordnen will. Niemand wird bestreiten, daß das unendlich mühevoll ist, aber daß es nicht außerhalb des Reiches der Möglichkeit liegt, lehrt vor

allem der amerikanische Zensus. In der Zahl und Art der Arbeitsmaschinen, in ihrer Leistungsfähigkeit und der thatsächlichen Leistung, in Verbindung mit der Arbeiterzahl, der Arbeitsdauer, des verarbeiteten Rohstoffes und des erstellten Produktes hätte man dann ein wirkliches Charakteristikum für die wirtschaftliche Bedeutung der einzelnen Betriebe. Natürlich dürfte nicht, wie dies 1875 geschah, übersehen werden, daß für zahlreiche Arbeitsmaschinen, besonders in Kleinbetrieben, auch die Muskelkraft als Betriebskraft in Frage kommt. Man darf deshalb nicht wieder bloß nach den von Motoren angetriebenen Arbeitsmaschinen fragen.

Eine in dieser Richtung angelegte Erhebung würde einen ganz unschätzbaren, wissenschaftlichen Werth haben. Mit der Durchführung einer derart angelegten Gewerbestatistik würden aber auch endlich die Forderungen Engel's zur Erfüllung gebracht, der in der Besprechung der Gewerbestatistik von 1875 (Berlin 1878) ausführte: „Die Reihe der Betrachtungen zu erschöpfen, welche aus der Kenntniß des Arbeitsapparates erwachsen . . . muß einer besonderen Darstellung des preussischen und deutschen Gewerbestandes vorbehalten bleiben. In diese würden auch Kapitel über den Kraftbedarf und die Leistungsfähigkeit der einzelnen Maschinen und Apparate aufzunehmen sein. Freilich entsteht da die Frage, ob eine solche Darstellung schon jetzt möglich sei, oder ob sie verschoben werden muß bis dahin, wo die Ergebnisse einer vollkommeneren Gewerbe-zählung als die gegenwärtige vorliegen werden. Darüber dürften in günstigstem Falle aber wohl noch fünf, wenn nicht zehn Jahre vergehen.“

Jetzt sind zwanzig Jahre vergangen; ob die Worte Engel's jetzt zur Wahrheit werden? Wir wagen keine zu zweifeln, denn es handelt sich hier um eine Kulturfrage, und für diese langen die staatlichen Mittel ebenso wenig wie für neue Wäsche in gewissen staatlichen Universitäts-Kliniken.

Die beiden letzten Punkte, die die Gewerbe-zählung erst zu einer wirklich vollkommenen machen würden, sind nicht so schwierig zu ermitteln, nämlich die Arbeitsdauer und der Arbeitslohn — und wenn es auch nur der Durchschnittslohn wäre! Bei den preussischen Bergwerken und Salinen werden diese Angaben seit Jahren ermittelt, in allen anderen Gewerbebetrieben aber ist es still und stumm; auf eine Erfüllung dieses Wunsches werden wir aber wohl noch lange warten können, müßten die Gewerbeinhaber doch hier mit dünnen nackten Zahlen zugestehen, daß die schärfste Kritik der Sozialdemokratie an den erbärmlichen Arbeitsverhältnissen in Deutschland noch viel zu wenig sei, gemessen an den thatsächlichen Verhältnissen.

Welbliche Fabrikinspektoren.

Immer mehr zerfällt der moderne Industrielass die Familie, ohne daß man bis jetzt davon gehört hätte, daß der halb der § 100 des deutschen Reichs...

Diesen Schutz in einer besonderen Form oder Art erblicken wir namentlich in der Anstellung weiblicher Fabrikinspektoren. Solche Beamte sind seit längerer Zeit in mehreren Staaten von Nordamerika thätig...

Weibliche Arbeitskräfte werden mit Vorliebe in solchen Betrieben angestellt, in denen zur Arbeitsleistung keine übermäßigen Körperkräfte erforderlich sind, wo man aber besondere Handfertigkeit, Fleißigkeit und doch Ausdauer und Aufmerksamkeit benötigt.

Noch kräftiger erwägen und benötigen die viele Werkmeister, Vorarbeiter und sonstige „Antreiber“, und gar manche Arbeiterin, ledig oder verheiratet, die dem Herrn Sklavinnen-auffeher nicht zu Willen ist, kann bei Vertheilung der Arbeit, wobei es namentlich im Afford oft sehr viel auf gute oder schlechte Qualität

des zu verarbeitenden Materials ankommt, oder bei Festlegung der Tagelohnsätze, ein Nöthchen davon singen, wie sehr die Gemeinheit der Gesinnung und die Verleumdung oder Nichtbeachtung roher Ge...

Es stehen sich noch eine ganze Anzahl Punkte anführen, welche für die Nützlichkeit der Einführung dieses Instituts sprechen, wir wollen es aber vorläufig bei den hier angeführten bewenden lassen. Wunderbar ist es nun — oder richtiger wäre es, wenn wir nicht im kapitalistischen Klassenstaat lebten, der seine vornehmste Aufgabe darin erblickt, die Interessen des Kapitalismus zu wahren — daß dieses Institut in Deutschland, das von seinen Verherrlichern, allerdings sehr mit Unrecht, als das Land der Sozialreform par excellence bezeichnet wird, noch so sehr wenig Freunde hat.

In Bayern wurde vorigen Winter diese Frage von den Sozialdemokraten im Landtag angeregt. Der Abg. Scherm sagte in der Sitzung vom 19. Dezember 1898 u. A.:

„In Bezug auf die Anstellung des Aufsichtspersonals überhaupt möchte ich anregen, doch endlich einmal dazu überzugehen, zunächst Hilfskräfte für die Fabrikinspektoren aus den Arbeiterkreisen selbst zu entnehmen. Dieser Vorschlag ist in England bereits zur Durchführung gebracht und hat sich dort vorzüglich bewährt. Außerdem sollte man, wie in England und Amerika, dazu übergehen, weibliche Kräfte zu Fabrikinspektoren heranzuziehen. Wenn Sie, meine Herren, bedenken, daß wir Industriezweige haben, in welchen fast nur Arbeiterinnen beschäftigt werden, so werden Sie ein solches Verlangen nicht unbillich finden. Ich glaube, daß die Frauen in dieser Beziehung besser wirken können, als die Männer. Aus Amerika u. A. ist bekannt, daß dort die weiblichen Inspektoren günstige Resultate erzielt haben. Die weibliche Schlaubeit kommt hinter Manches, hinter das der Mann nicht kommt. Das Vorurtheil, das noch immer gegen die Frauen herrscht, muß endlich einmal beseitigt werden. Wenn man kein Vorurtheil dagegen hat, daß die Frauen in die Fabriken gehen und ihre Kräfte der Gesamtheit zur Verfügung stellen, so darf man auch nicht davor zurückzucken, sie einer Aufsicht zu unterstellen, welche ihrem Geschlechte angemessen ist.“

Und was wußte auf diese sachlichen Auseinandersetzungen der Herr Staatsminister des Innern, dem die Fabrikinspektion unterstellt ist, zu antworten? Man höre:

„Wenn der Herr Abg. Scherm weitere Kräfte wünscht, namentlich auch Frauen für den Fabrikinspektorenberuf, so ist meines Wissens bis jetzt in dieser Richtung noch in keinem anderen deutschen Staate vorgegangen worden, und ich halte dies auch nicht für veranlaßt. Wenn Arbeiter und Arbeiterinnen als solche Hilfskräfte aufgestellt werden wollten, so würde das nach meiner Anschauung ein einseitiger Standpunkt sein, indem die Arbeiter und Arbeiterinnen hierbei nur in dem einen Interesse für die Arbeiter be-theiligt sind, während nach meiner Ueberzeugung die Fabrikinspektoren objektiv über den Arbeitern und Arbeitgebern stehen und

zwischen beiden vermitteln sollen. Das würde aber solchen Hilfskräften kaum möglich sein.“

Das war also Alles, was ein Minister in dieser hochwichtigen Frage zu erwidern hatte. „In Deutschland hat's noch kein anderer Staat gethan — ergo brauchen wir's auch nicht zu thun.“ Das Ausland, namentlich solche „wilde“ Länder wie England und Amerika, existirt für solch einen Allverweiskweisen nicht. Und die zur Inspektion eingesetzte Arbeiterin würde einen „einseitigen Standpunkt“ einnehmen, sie würde nur die Interessen der Proletarierin vertreten, statt „objektiv über Arbeitern und Arbeitgebern zu stehen“! Ja, ist es denn in puncto Objektivität nicht gleich, ob der über den beiden Klassen stehende Aufsichtsbeamte männlichen oder weiblichen Geschlechts ist? Oder ist der Herr Minister nur gegen die weiblichen Aufsichtsbeamten, wenn dieselben der Arbeiterklasse entstammen?

Fast scheint es so, und fast scheint es auch, als ob es Klassengenossen des Herrn Ministers gibt, welche nach dieser Richtung hin keine Nachorgane haben. Wir entnehmen in dieser Beziehung der Berliner „Volkszeitung“ folgende Notiz:

„Weibliche Fabrikinspektoren für Deutschland. Den Anfang mit einer sehr dankenswerthen und auf dieser Seite doppelt zu begrüßenden öffentlichen Bewegung für die Anstellung weiblicher Fabrikinspektoren auch in Deutschland hat kürzlich die Leipziger Ortsgruppe des Allgemeinen Deutschen Frauenvereins mit einem Vortrag von Fel. Auguste Schmidt über „Die Nothwendigkeit weiblicher Fabrikinspektoren“ gemacht. Die Frage, in wie weit das in sozialpolitischer Beziehung so wichtige Amt der Fabrikinspektoren — natürlich, wo es sich um die Aufsicht über Arbeiterinnen handelt — an Frauen übertragen werden könnte, steht seit Längerem im Vordergrund der Agitation des Allgemeinen Deutschen Frauenvereins, so wurde in der Versammlung ausgeführt; an die größere Öffentlichkeit hat man sich in letzterem Wissen mit der Sache jedoch noch nicht gewendet. Jetzt wird, wie das „Sozialpolitische Zentralblatt“ schreibt, der Bund „Deutscher Frauenvereine“ an die Handelsminister der einzelnen Bundesstaaten eine Petition richten, in welcher um eine Aenderung der Bestimmungen der am 1. April 1894 vollständig in Kraft getretenen Gewerbe-Novelle vom 1. Juni 1894 ersucht wird. Unzweifelhaft bildet diese letztere den Kern- und Mittelpunkt der ganzen auf den Arbeiterschutz angehenden Reichsgesetzgebung, und die Fabrikinspektoren sind b. d. die wesentlichsten Organe des Staates. Aber wenn man bedenkt, daß die vielen weiblichen Arbeiterinnen in allen die gesundheitliche Schädigung, wie Sitlichkeitsbedenken u. d. m. betreffenden Fragen darauf angewiesen sind, mit männlichen Beamten zu verhandeln, denen gegenüber eine gewisse Scheu sie eher zum Schweigen, als zur offenen vertrauensvollen Aussprache veranlaßt, so wird man begreifen, daß eine Aenderung in dieser Hinsicht dringend geboten erscheint. Die Petition des Bundes „Deutscher Frauenvereine“ bezeichnet mit Rücksicht darauf, daß seit 1889 das Institut weiblicher Fabrikinspektoren bereits in Nordamerika, England und Frankreich eingeführt und sich trefflich dort bewährt hat, auch für Deutschland die Gewährung dieser Forderung als einen Ausfluß der Gerechtigkeit und Billigkeit. Im Jahre 1892 waren in Deutschland 223,538 Arbeiterinnen im Alter von 16 bis 21 und 937,499 über 21 Jahre in Fabrikbetrieben beschäftigt. Außerdem zählte man noch 72,692 jugendliche Arbeiterinnen von 12 bis 16 Jahren. In der für Sachsen so wichtigen Textilindustrie waren in größeren Betrieben 283,017 Arbeiterinnen über 16 Jahre beschäftigt. Erwäge man diese Verhältnisse mit erstem Sinne, so wird man die Forderung, eine Aufsichtsbehörde zu schaffen, welche dem eigentlichen Wesen des Weibes mit Verständnis gegenübersteht und durch ihr Geschlecht besser befaßt ist, den speziellen körperlichen und sittlichen Eigenschaften der Arbeiterinnen Rechnung zu tragen, nicht unbillich finden. Mit Recht hob die Rednerin hervor, daß dieselben Gründe welche den weiblichen Arzt erheischen, da viele Tausende von Frauen lieber zu Grunde gehen oder dem Elend sich aussetzen, ehe sie gewisse Weiden, die mit ihrer Geschlechtssphäre zusammenhängen, dem männlichen Arzte gestehen, daß dieselben Gründe also bei der Frage des weiblichen Fabrikinspektors obwalten. Ist ja doch der Fabrikarbeiter gegenüber der Fabrikinspektor gesetzlich die erste Instanz, ehe der Arzt notwendig geworden ist. Daher fällt dabei ins Gewicht, daß die Benutzung weiblicher Arbeitskraft eine steigende Tendenz zeigt, und daß dadurch

die üblichen Folgen vergrößert und verallgemeinert werden.“

Dazu bemerkt die Redaktion: „Man kann dieser Bewegung nur die größte Verbreitung und Thätigkeit, sowie einen guten Erfolg wünschen. Vorbedingung wird freilich sein, daß die Frauenvereine mehr mit den eigentlichen Arbeiterinnen in Verbindung treten.“

Diese Bemerkung ist sehr treffend, aber wir beschränken, daß sie auf unfruchtbaren Boden fallen wird. Die Bestrebungen des „Allgemeinen Deutschen Frauenvereins“ sind hauptsächlich darauf gerichtet, dem weiblichen Geschlechte neue Erwerbsquellen zu erschließen, aber nicht dem weiblichen Geschlechte im Allgemeinen, sondern nur den Angehörigen gewisser Gesellschaftskreise, und da die Vereinsmitglieder sich fast nur aus Bourgeois- und Beamten- sowie aus sonstigen „besseren“ und „gebildeteren“ Kreisen rekrutiren, so fällt es denselben auch wohl kaum ein, die Einrichtung des weiblichen Fabrikinspektors im Interesse der Arbeiterinnen zu fordern, sondern, wie wir vermuthen, wohl hauptsächlich zu dem Zwecke, in der neuen Beamtenstellung ihre Klassengenossen unterzubringen, genau so wie es bei den auf Grund der staatlichen „Sozialreform“ geschaffenen Institutionen, wie U. A. Lebensversicherungsgesellschaften, Alters- und Invaliditäts-Versicherungsanstalten u. d. m. der Fall ist, welche vornehmlich von Angehörigen der „besseren“ Gesellschaftskreise zur Unterbringung ihrer Herren Söhne in angenehmen gut bezahlten Stellungen benützt werden. (Nebenbei werden ja auch immer etliche Schelmer aus dem Proletariat untergebracht, um die unangenehme Arbeit zu verrichten.)

Und deshalb werden die „Frauenvereine“ kaum „wehrt mit den eigentlichen Arbeiterinnen in Verbindung treten.“ Wir glauben im Gegentheil, daß sie nicht nur nicht mehr, sondern gar nicht mit denselben in Verbindung treten, vielmehr sich mit ihrer Agitation auf die uneigentlichen „Arbeiterinnen“ und auf Petitionen an die Ministerien beschränken werden. Wir denken darin sehr pessimistisch. Man wird sich wahrscheinlich sagen, daß das weibliche Fabrikinspektorat eine Institution ist, die bei der rasenden Zunahme der industriellen Frauenarbeit doch nicht mehr lange zu umgehen sein wird, weshalb man sich dazu halten muß, Etwas für die „besseren Töchter“ dabei herauszuschlagen.

Wenn wir uns täuschen sollten, wenn es lediglich edle Triebfedern sind, welche den „Frauenverein“ zu seiner Agitation veranlassen, um so besser. So bald wir die Beweise dafür haben, daß wir uns geirrt, sind wir gerne bereit, unser hartes Urtheil zu korrigiren. Aber die Art und Weise, wie heutzutage in „Arbeiterfürsorge“ gemacht wird und alle Dinge immer denen, die da „schon haben“, zum Besten dienen müssen, hat uns eben mißtrauisch gemacht, und eine weibliche Fabrikinspektion, welche sich wieder aus Kreisen rekrutiren würde, die mit dem eigentlichen arbeitenden Volke so ganz und gar außer Fühlung stehen, würde auch sehr wenig Werth für die ausgebeuteten Arbeiterinnen haben.

Etwas über Volksernährung.

Das Wort „was der Mensch ist, das ist er“ hat seine volle Berechtigung. Wir können ohne Zweifel die Kulturstufe eines Volkes nach seiner Ernährungsweise abschätzen. Noch mehr aber ist die Widerstandsfähigkeit und Wehrfähigkeit eines Volkes von seiner Ernährung abhängig. Wenn wir sehen, wie von Jahr zu Jahr, trotz der Herabsetzung des Militärmannes, die Zahl der Wehrfähigen zurückgeht, so ist es unsere heiligste Pflicht, darauf hinzuwirken, daß die Thatsache nur darin ihre Erklärung findet, daß das Volk nicht genügend zu

ffen hat. Gerade jene Gesellschaftskreise, welche immer von dem Ruhm und der Größe des Vaterlandes faßeln, sie sollten am allerersten darauf bedacht sein, diese Widerstandsfähigkeit des Volkes durch eine ausreichende Ernährung desselben zu erhalten. Gerade das Gegenteil ist aber der Fall. Uns, die wir bestrebt sind, durch Erhöhung des Lohnes und durch Verkürzung der Arbeitszeit die Lebenshaltung und Ernährung des Volkes zu verbessern, uns macht man den Vorwurf der Reichs- und Vaterlandsfeindschaft. Jene Leute aber, welche sich als große Reichs- und Vaterlandsfreunde aufspielen, sie sind es, welche durch immerwährendes Herabdrücken der Lebenshaltung der großen Volksmasse das Vaterland dem Ruin zuführen. Betrachten wir einmal, ob das deutsche Volk eine genügende Ernährung hat. Es läßt sich dieses schwer in dem Rahmen eines kurzen Aufsatzes thun, weil bei eingehender Betrachtung alle die verschiedenen Ernährungswissenschaften und Nahrungsmittel in Berücksichtigung gezogen werden müßten. Immerhin läßt es sich aber auch bei einseitiger Angabe eines bestimmten Nahrungsquantums feststellen, wie es in unserem gesegneten Vaterlande mit der Volksernährung beschaffen ist. Nach König muß der erwachsene Mensch, wenn er arbeitsfähig bleiben will, täglich zu sich nehmen: 120 Gramm Eiweiß, 56 Gramm Fett und 500 Gramm Stärkemehl (Kohlehydrate). Um diese Stoffe zu erhalten, muß der Mensch täglich essen:

	Eiweiß	Fett	Stärkemehl
750 g Brod	62	—	331
230 g Fleisch	42	23	—
33 g Fett (Butter)	—	33	—
200 g Mehl oder 800 g Kartoffeln oder dementspr. Gemüße	15	—	154
	119	56	485 g

Pro Woche also 5250 Gramm = 10,5 Pfd. Brod, 1610 Gr. = 3,2 Pfd. Fleisch, 231 Gr. = 0,47 Pfd. Fett und 1400 Gr. = 2,8 Pfd. Mehl oder 5600 Gr. = 11,2 Pfd. Kartoffeln.

Eine Familie aus 5 Personen (Vater, Mutter und 3 Kindern) bestehend, würde den Verbrauch des Kindes zu 1/2 des Verbrauches des Erwachsenen gerechnet, pro Woche brauchen: 36,75 Pfd. Brod, 11,20 Pfd. Fleisch, 1,64 Pfd. Fett (Butter) und 9,80 Pfd. Mehl oder 39,20 Pfd. Kartoffeln. Hierzu käme noch etwa 1/2 Pfd. Kaffee, dessen Genuß für nützlich gehalten wird. Ueber den Kaffeegenuß schreibt Liebig: „Daß in Deutschland das Volk auf dem Lande und in den Städten nur so harinüchiger am Kaffeegenuß hängt, je mehr die Armut die Fülle der Auswahl der Nahrungsmittel beschränkt, und daß der allerschmälste Tagelohn immer noch in einen Bruchteil für Kaffee und in einen anderen für Brod und Kartoffeln gespalten wird — im Angesichte solcher Thatsachen läßt sich schwerlich die Behauptung rechtfertigen, es sei der Genuß von Kaffee und Thee eine Sache der bloßen Angehörigkeit. Wir halten es im Gegentheil für höchst wahrscheinlich, um nicht zu sagen gewiß, daß der Instinkt des Menschen in dem Gefühl gewisser Mücken oder gewisser Bedürfnisse des gesteigerten Lebens in unserer Zeit, welche durch Quantität nicht befriedigt werden können, eben in diesen Erzeugnissen des Pflanzenlebens das wahre Mittel gefunden hat, um seiner täglichen Nahrung die erforderliche und vermehrte Beschaffenheit zu geben.“ Wir glauben, einmal aus den Worten dieser Autorität auf dem Gebiete der Volksernährung, mehr aber noch durch die Thatsache, daß alle Bevölkerungsschichten den Kaffee nicht entbehren können, die Berechtigung ziehen zu können, den Kaffee mit als zur Ernährung notwendig zu betrachten.

Die Preise der Nahrungsmittel stellten sich in den verschiedensten Monaten im vorigen Jahr und stellen sich zum Theil

gegenwärtig pro Pfund folgend: Brod 9 S., Fleisch 60—80 S., Butter M 1,20, Mehl 25 S., Kartoffeln 3,5 S., Kaffee M 1,40. Der Verbrauch der Familie würde also in Geld umgerechnet pro Woche betragen: Brod M 4,30, Fleisch M 6,72, Fett (Butter) M 1,96, und Kaffee 70 S. Zusammen M 13,13 bei Mehl, oder M 15,25 bei Kartoffeln. Bei einer Zusammenstellung von anderen Nahrungsmitteln würde sich ein anderes Resultat ergeben, immer aber müßten von den einzelnen Nährstoffen so viel konsumirt werden, daß das nötige Quantum Fett, Eiweiß und Stärkemehl dem Körper zugeführt wird. Der Unterschied in der tatsächlich erforderlichen Ausgabe würde, so bald man an diesem Minimum fest hält, nicht wesentlich sein.

Wie stellt sich nun das Einkommen des Arbeiters zu diesem Verbrauch, welcher nicht nur von König, sondern auch von anderen Autoritäten dieses Gebietes, so von Welt und Bettendorfer gefordert wird? Es ist allgemein angenommen, daß der Arbeitsverdienst der Hamburger Arbeiter als der höchste in Deutschland gilt. Nach amtlicher Feststellung beträgt der ordentliche Tagelohn in Hamburg 8 M. Es ist gewiß, daß eine ganze Reihe Arbeiter dort einen höheren Verdienst hat, ebenso gewiß ist auch, daß eine noch größere Zahl im Durchschnitt weniger als 3 M pro Tag verdient. Hierzu zählen alle die Gelegenheitsarbeiter, welche nur vorübergehend Beschäftigung haben. Und wenn wir wirklich annehmen wollten, daß alle Arbeiter 3 M erhielten, so würde sich der Jahresverdienst, wenn wir nur 62 Sonn- und Feiertage im Jahre annehmen wollen, nur auf 909 M, oder der Wochenverdienst auf rund M 17,30 stellen. Ein Blick auf unsere Zusammenstellung des Verbrauchsminimums zeigt uns nun, daß selbst diese als günstig betrachteten Arbeiter keine genügende Ernährung in diesem Jahre hatten. Ja, man muß hervorheben, daß sie noch ungenügender in den Jahren ernährt wurden, in denen die Nahrungsmittel höher im Preise standen. Es muß in Hamburg für eine nur einigermaßen menschliche Wohnung eine Miete von 5—7 M pro Woche bezahlt werden. Hierzu kommen die absolut erforderlichen Abzüge für Steuern und Klassenbeiträge, und mit Grauen nur kann man daran denken, daß tatsächlich diese Arbeiter, selbst wenn die Ausgabe für Kleidung auf das Geringste beschränkt wird, sich nicht ausreichend ernähren können. Wie steht es aber in den Familien, in denen eine größere Kinderzahl vorhanden, oder in denen noch für die Erhaltung von nicht erwerbsfähigen Auserwählten gesorgt werden muß? Noch schrecklicher aber ist der Gedanke, wie es mit der Ernährung der Arbeiter steht, die, wie in Schlesien und im sächsischen Erzgebirge, nur ein Einkommen von 5—10 M haben. Wie sieht es dann ferner in anderen Großstädten aus? So befinden sich in Leipzig nach einer Zusammenstellung der Ortskrankenkasse 12,993 Personen, die ein tägliches Einkommen von M 2—2,50 und 11,885 Personen, die ein tägliches Einkommen von weniger als M 2 haben. Hier wird nicht nur die Qualität der Nahrungsmittel beschränkt werden, sondern es wird auch die Quantität völlig unzureichend sein. Den besten Beweis dafür, daß das arbeitende Volk ungenügend ernährt worden ist, liefern uns die Krankenkassen. Dieselben haben nämlich eine so große Zahl Kranker anzuweisen, daß sie alle fast mit enormen Verlusten arbeiten. Die Krankheit liegt nicht in der Luft, sondern die mangelhafte Ernährung ist es, die den Arbeiterstand zum Siechtum bringt.

Die Qualität der Nahrungsmittel wird durch die Noth bei den Arbeitern herabgesetzt. An Stelle von Fleisch und Fett

werden minderwertige Nährstoffe genossen. Der Wärmemangel, der durch den ungenügenden Fettverbrauch entsteht, muß durch Branntweingenuss ersetzt werden. Anstatt aber nun durch Verbesserung der Volksernährung den Branntweinverbrauch einzuschränken, sucht man diesen durch Polizeimahregeln zu vermindern. Ein Trunksuchtsgefetz soll da helfen. Ein Gesetz, welches vorschreibt, wie viel dem Arbeiter an Lohn gezahlt werden müßte, um seine ausreichende Ernährung zu garantiren, würde hier ein ganz anderes Resultat zeitigen.

Zum Schluß wollen wir noch darauf hinweisen, daß die Ernährung des arbeitenden Volkes sich heute ungünstiger stellt, als die des Soldaten, ja selbst die des Gefangenen. Der Soldat erhält nach dem Soldbuch täglich 750 Gramm Brod, 175 Gr. Fleisch, 120 Gr. Mehl (oder 160 Gr. Graupen oder 250 Gr. Hülsenfrüchte oder 1500 Gr. Kartoffeln), 25 Gr. Salz, 10 Gr. Kaffee. Der Soldat erhält in seiner Nahrung 48 Gr. Fett pro Tag zu wenig. Diese zu knappe Fettlieferung soll durch die Zahlung des Traktaments (22 S pro Tag) ausgeglichen werden. Ein Vergleich dieser unter allen Umständen, ohne Rücksicht auf den Preis zu verabsorgenden Nahrungsmittel, mit dem, was sich Hunderttausende von Arbeitern von ihrem Einkommen nur zu leisten vermögen, zeigt uns, daß der Soldat in seiner Ernährung dem Arbeiter bei Weitem voraus ist, demselben Arbeiter, welcher in Form der indirekten Besteuerung die Erhaltungskosten des Militärs aufbringen muß.

Die Kost der Gefangenen stellt sich nach dem Tarif auf täglich: 750 Gr. Brod, 30 Gr. Fleisch, 15 Gr. Fett, 68 Gr. Mehl, 230 Gr. Hülsenfrüchte, 500 Gr. Kartoffeln, 20 Gr. Zucker, 40 Gr. Salz, 18 Gr. Kaffee, 77 Gr. Milch.

Auch der Gefangene erhält 31 Gr. Fett zu wenig, dagegen an Stärkemehl 188 Gr., an Eiweiß 14 Gr. zu viel. Der geringe Fettverbrauch könnte dadurch ausgeglichen werden, daß in der Stubenluft ein geringeres Quantum Fett zur Ernährung nötig ist. Es ist eine allgemein bekannte Thatsache, daß Leute, welche im Freien thätig sind, mehr Fett zu sich nehmen müssen, als Stubenhocker. Desgleichen wird auch in nördlichen Gegenden, in rauhem, feuchtem Klima bedeutend mehr Fett genossen. Jedenfalls zeigt uns auch ein Vergleich der Gefängnislohn mit der schlechtgestellter Arbeiter, daß Jene in ihrer Ernährung einen Vorsprung haben.

So sieht es aus in der besten der Welten mit der Lebenshaltung der „freien“ Arbeiter. Braucht man sich da zu wundern, daß sich oft Leute absichtlich gegen die Gesetze vergehen, um ihr Leben freieren zu können.

Und es ließe sich noch viel über diese überaus traurigen Zustände sagen, wenn nicht Lebensmittel genug vorhanden wären, oder doch, wenn sich solche nicht in genügender Menge erzeugen ließen. So aber müssen wir sehen, daß Fabriken, die Lebensmittel erzeugen, ihren Betrieb theilweise einstellen; wir müssen erfahren, daß alljährlich Tausende Morgen Ackerland aufgeforschet werden u.s.w. Man könnte geradezu sagen, die Welt ist ein großes Irrenhaus, denn sonst wäre sie besser eingerichtet. In Wirklichkeit liegt die Sache aber so: Diejenigen, die Macht besitzen, leiden keine Noth, und Diejenigen, die Noth leiden, besitzen keine Macht. Die Zustände in dem Gesellschaftsleben werden aber nicht nach Logik, sondern durch Machtfactoren regulirt resp. verwirrt!

Der erste deutsche Bergarbeiter-Kongress.

In Essen a. d. Ruhr, dem Sitze des rheinisch-westfälischen Kohlenarbeitervereins, der mächtigsten kapitalistischen Organisation, in Essen, der Kanonenstadt, tagte an den Weib-

nachttagen der erste deutsche Bergarbeiter-Kongress.

Die Verhandlungen fanden in einem Lokale statt, welches in der Bergarbeiterbewegung eine gewisse historische Bedeutung erlangt hat. Hier, im Rathhause des Vofals war es, wo sich in den 70er Jahren die ultramontanen und sozialdemokratischen Arbeitervereine zusammenschloßen, um die vorbereitenden Schritte zu einer Organisation der Arbeiter zu thun. Von sozialdemokratischer Seite war es der damalige Reichstagsabgeordnete Passelmann, von ultramontaner der Kaplan Loef-Giffen, die die leitenden Rollen innehatten. Ein Jahrzehnt war vorüber, da durchlief die staunende Welt die Nachricht, daß die deutschen Knappen in einer Anzahl von über 100,000 in den Ausstand getreten seien. Und wieder war es in Essen, wieder war es in den nämlichen Räumen, wo in großartigen Versammlungen über die Lage der Bergarbeiter, oft in sehr stürmischer Weise, verhandelt wurde.

Am zweiten Weibnachtsstage 1894 traten nunmehr die Vertreter der Bergarbeiter Deutschlands zusammen, nur in sachlicher Weise sich über die Förderung der Arbeiterinteressen zu beraten. Und ein jeder Teilnehmer des Kongresses, nicht nur die Delegirten, mußte sich sagen: die Knappenvereine sind ihrer Aufgabe auf anerkannter Weise gerecht geworden.

Noch nicht lange ist es her, da tagte in der Kanonenstadt Essen ebenfalls ein Bergarbeiter-Kongress, der sogenannte christliche Bergarbeiter-Kongress.

Aber welcher Unterschied zwischen jenem und dem Kongress in den Weibnachtsagen. Dort auf dem Kongress der sogenannten christlichen Bergleute waren es Pastoren, Kapläne und Fabrikanten, welche die dominierende Rolle übernommen, die Arbeiter bildeten nur, wenigstens in der ungetheilten Mehrheit, die Statisten. Hier auf dem nationalen Bergarbeiterkongress waren es aber wirkliche Arbeiter oder gewesene Arbeiter, welche sich untereinander berieten. Dort waren die Vertreter der Bergbehörde als Ehren Gäste anwesend und betheiligt sich an der Debatte; hier war nicht ein einziger erschienen. Dort wurden die Anhänger einer bestimmten Partei, die Sozialdemokraten, ausgeschlossen. Hier war Jeder willkommen, war Jeder beschäftigt, mit zu thun und zu raten. Auf diesem Bergarbeiter-Kongress war es der Presse aller Parteischattirungen unbenommen, zu erscheinen; auf dem christlichen Kongress hatte die sozialdemokratische Presse keinen Zutritt.

Schon diese Unterschiede allein lassen erkennen, daß der letzte Bergarbeiter-Kongress von weit größerer Bedeutung für die Entwicklung der gewerkschaftlichen Bewegung war, wie jene mit vielen Tamtam von Pastoren und Fabrikanten zusammengekommene Versammlung. Dagegen fällt gar nicht in's Gewicht, daß die Anzahl der Delegirten auf dem christlichen Kongress eine größere war.

Und dann ist jene größere Anzahl auch sehr leicht erklärlich. Die Geistlichen agitirten in den ihnen unterstellten Vereinen für die Beschäftigung ihrer Veranfassung und boten auch in ihrer Person die Garantie für eine Richtmaßregelung. Anders bei dem nationalen Kongress. Das Schreckensbild der Entlassung aus der Arbeit schwebte einem jeden noch in der Grube thätigen Bergmann vor; die Zeichenbarone und Behörden saßen mit schielen Augen dem Verhandeln der Knappen zu. Daher der geringere Besuch. Trotzdem waren eine große Anzahl der Delegirten noch praktische Bergleute. Besonders günstige Umstände gestatteten ihre Wahl.

Das aber ist unstreitig und wird allseitig anerkannt, daß die verflochtenen Verhandlungen gezeigt haben, es befinden sich eine gute Anzahl Intelligenzen unter den deutschen Bergarbeitern.

Einzelne Ausführungen zeugten von trefflichem logischem Denken. Die Geschäftsleitung war eine sehr korrekte. Der Leiter der Donnerstagsmorgen-Sitzung, Bauer-Weitmar, könnte manchem Vorstehenden einer parlamentarischen Versammlung als Muster dienen. Der Genannte wählte in vorzüglicher Weise das Abschweifen von der Tagesordnung zu verhindern. Es sind ja keine geschulten Redner und Parlamentarier, unsere Bergleute, und um so leichter kommen sie von der Sache ab. Um so notwendiger ist dann ein Vorstehender, der es versteht, die Geschäftsordnung zu wahren.

Was nun die Verhandlungen selbst anbetrifft, so zeugten die Deferate durchweg von Sachkenntnis. So war der Vortrag des Delegirten Meyer-Bodum ein ganz vorzüglicher. Der Redner entrollte ein Bild der Knappenausbeutung, mit besonderer Berücksichtigung der Frauen- und Kinderarbeit und zog daraus das Resultat: Einführung des Achtstundentages, Abschaffung der Frauen-, Kinder- und Akkordarbeit. Die Debatte war manchmal sehr dramatisch, so als Raffäl Oberhiesien das Glend der oberhiesischen

Bergarbeiter im gebrochenen Deutsch er-
gäbte. Entschuldigungs- und Verfalls-
gehungungen beweisen, daß das Solidari-
tätsgesetz bei den deutschen Knappen lebendig ist.

Die anderen Referenten, Vbg. Wälder,
Schäfer, Dortmund und Bauer
beweisen, daß auch sie im Stande seien, der
übernommenen Aufgabe gerecht zu werden.

Daselbe läßt sich sagen über den Vor-
trag Schäfer's. Der Referent schilderte
die Entstehung der Unfälle im Bergbau.

So war der Antrag Schwindt: die
Bergwerke zu verstaatlichen, wohl
etwas verfrüht, aber nicht unbillig.

Betrachten wir uns nun die praktische
Seite des Kongresses.

Legion-Hamburg, der als Gast an-
wesend war, betonte es schon, daß die
Beschlüsse der Delegierten keinen Werth hätten,

Einen direkten Erfolg hat der Kongress
aber doch schon gehabt und einen nicht zu
unterschätzenden Erfolg.

Diesen Eindruck haben auch die Vertreter
der gegnerischen Presse bekommen. Wohl
leitet die „Mitteldeutsch-Westfälische Zeitung“,
das Organ der Grubenbesitzer, ihren Bericht
ein mit der Bemerkung, die schmückenden
Fahnen seien von einem früheren Feste her-
hängen geblieben.

Wir lassen hier die auf dem Bergarbeiter-
Kongress angenommenen Beschlüsse folgen:

- 1. Resolution betreffs der Arbeits-
zeit. Als in früheren Jahren der Berg-
bau noch in primitiver Art betrieben wurde,
ist die achtstündige Schicht die Maximal-
arbeitszeit gewesen; zuweilen war jedoch die
wöchentliche Arbeitszeit nur 44 Stunden.

geht nicht über die achtstündige Schicht hinaus
gehen zu lassen.
Viele dem Stande der Entwicklung der
Grubentechnik und Produktionsfähigkeit der
Bergarbeiter, namentlich der Ein- und Aus-
fahrt am Seil, der Förderförderung und
maschinellen Streckenförderung, sowie der
hoch entwickelten Kunst des Sprengens, ist
der Zeitpunkt auch in dieser Hinsicht für
vorhanden zu erachten, umweh die Arbeits-
zeit in den Gruben dem Maße der natür-
lichen Arbeitsleistung anzupassen.

Die Grubenarbeit ist eine sehr schwere
und daher stark ermüdende; dazu kommt die
erschöpfende Wirkung der Abwesenheit von
Sonne- und Tageslicht, und das Ein-
atmen von Staub, feuchter, zum Theil ver-
brauchter und mit gefährlichen Gasen ge-
mengter Grubenluft. Diese Bedingungen der
Grubenarbeit fordern gebieterisch, die Zeit
dieselben so zu bemessen, daß die Leistung
innerhalb dieser Schicht mit frischen Kräften
vollzogen werden kann.

Mit der Schwächung der Gesundheit und
Leistungsfähigkeit ist die Vernachlässigung der
Sicherheit aufs engste verknüpft; denn mit
der Uebermüdung und Erschöpfung geht
naturgemäß ein Nachlass in der Beob-
achtung und der Vorsicht einher. Da nun
bei den Gefahren der Grubenarbeit die Berg-
arbeiter für sich selbst einsehen müssen, so
besteht dadurch die Verpflichtung, durch Ein-
führung der achtstündigen Schicht die Ueber-
müdung zu verhindern, resp. die Vorsichts-
maßnahme bis zum Schlusse der Schicht in die
Möglichkeit zu setzen.

Wohl bei der Bergarbeit die Sicherheit
mehrere oft von einzelnen abhängig, so hat
hier die Gesetzgebung triftigen Anlaß, einzu-
greifen. Auch deshalb, weil durch die über
8 Stunden hinausgehende Schichtzeit eine
Degeneration, sogar ohne jedes Äquivalent,
herbeigeführt wird. Und da die längere
Schichtzeit über 8 Stunden keine Mehr-
leistung bedeutet, somit die Einführung der
achtstündigen Schicht keine Dohnerhöhung im
Gesolge hat, so fällt jeder Gegengrund fort.

In Erwägung all dieser Thatsachen er-
klärt der Kongress die Einführung der acht-
stündigen Schicht, einschließlich der Ein-
und Ausfahrt, für eine dringende Noth-
wendigkeit.

2. Forderung der Kongress: Einheit-
liches Berggesetz für alle Bergarbeiter
Deutschlands. a) Einheitliche Knappkassen-
kasse. b) Einheitliche Arbeitsordnung.

3. Wird gefordert: Um Grubenunfälle
wirksamer zu verhüten, sollen Inspektoren
und Kontrolleure von den Arbeitern frei
gewählt und vom Staate besoldet werden.
Im Anschluß daran wird eine Resolution
angenommen, in der der preussische Handels-
minister v. Berlepsch aufgefordert wird, den
Einspruch der Grubenbesitzer gegen die Ein-
führung von Wettersteigern abzuweisen und
den „Wettersteiger“ sofort einzuführen.

4. Wurde in der Vereinigungsfrage,
die auf die Tagesordnung gesetzt wurde, um
mit dem — leider nicht erschienenen — Ver-
treter des „christlichen“ Bergmannsbereins
eine Verständigung anzubahnen, folgender
Antrag einstimmig angenommen: Der Kon-
gress erkennt den Verband deutscher Berg-
und Hüttenarbeiter als richtige Organisation
an und beschließt, mit aller Kraft dazu beizutragen
zu wollen, daß die Organisation so
erklärt, daß die heute beschlossenen Forde-
rungen und Resolutionen der Verwirklichung
entgegengeführt werden können.

Von sonstigen Anträgen der Dele-
gierten wird eine Resolution der schlesischen
Delegierten gegen die Ueberarbeit ange-
nommen; ebenso eine Resolution, die bessere
Wachvorrichtungen für die Bergleute
besonders im Oberbergamts-Bezirk Breslau
fordert.

Ein Antrag auf Veröffentlichung
aller auf die Bergleute bezüglichen Verord-
nungen auch in polnischer Sprache wird
genehmigt. Die Gründung eines polnischen
Organs ist geplant.

Eine Resolution, die den Abstimmungs-
modus auf dem letzten internationalen
Kongress verurtheilt und eine Aenderung
fordert, wird angenommen.

Schließlich wird eine fünfgliedrige
Kommission eingesetzt, die alle Beschlüsse
zur Durchführung bringen, Eingaben an den
Reichstag und die Behörden machen, An-
träge vorbereiten, sowie den Ort und die
Zeit des nächstjährigen Kongresses bestimmen
soll. Es werden gewählt: Wälder, Bauer,
Schwindt, Brinken und Kämpchen.

Jahres-Bericht des Exekutiv-
Komitees der American Federation
of Labor.

Aus dem umfangreichen Bericht, welchen
der Präsident der American Federation of
Labor über das Geschäftsjahr 1904/05 auf
dem vierzehnten Jahreskongress erstattete,
wollen wir nachstehend einen kurzen Auszug
bringen.

Einstehend wird bemerkt, daß die überaus
ungünstige Konjunktur des letzten Jahres
den Organisationen äußerst schwer machte,
sie zu erhalten und den an sie gestellten
Anforderungen gerecht zu werden.

Im Anlaufe des Jahres beschlossen die
Vereinigten Bergarbeiter von Amerika auf
einer Zusammenkunft, daß eine allgemeine
Lohnabgabe von allen am Kohlenbergbau im
Landes Beteiligten verlangt werden solle.
Die Weigerung, den Lohnsatz zu bewilligen,
hatte einen allgemeinen Ausstand zur Folge,
worauf sich mehr als 125,000 Arbeiter be-
theiligten. Die Bewegung wurde durchaus
allgemein. Der Ausstand dauerte 8 Wochen
und hatte eine Verständigung zur Folge,
wodurch, obgleich nicht der ganze beabsich-
tigte Erfolg erreicht, doch ein kleinerer
Auszug eingeführt wurde.

Man sagt nicht zu viel, wenn man be-
hauptet, daß es die Geschäftsförderung war,
unter welcher das Land litt, welche die Berg-
arbeiter um den wohlverdienten Sieg brachte.
Die Ausdehnung dieser gedrückten Lage ver-
steht man sofort, wenn bestättigt ist, daß,
trotzdem 125,000 Bergarbeiter zu arbeiten
aufgehört hatten, doch wenig Mangel an
Kohlen zur Verfügung vorhanden war.

Sofort nach Schluß des Bergarbeiter-
ausstandes kam der Anfang des großen Aus-
standes bei den Eisenbahnen, er wurde von
den Angestellten Pullman's veranlaßt, welche
Beseitigung der Ungebilligkeiten, unter welchen
sie litten, verlangten.

Der amerikanische Eisenbahnarbeiter-Ver-
band, welcher damals seit einem Jahre her-
stand, suchte die Gesellschaft zu veranlassen,
entweder das Verlangen der Angestellten zu
bewilligen oder die streitige Sache einem
Schiedsgericht zu unterbreiten. Beide Ver-
langen wurden abgelehnt und der Verband
erklärte, seine Mitglieder würden keine Güge
rangiren oder darin Dienst thun, denen
Pullman'sche Wagen angehängt wären. Der
Eisenbahndirektoren-Verband verweigerte die
Abkaffung der mit dem Wanne belegten
Wagen, in Folge dessen brach der Streik
aus.

Es ist nutzlos, in die Einzelheiten dieses
großen Ausstandes näher einzugehen. Es
genügt, zu sagen, daß es wahrscheinlich der
umfangreichste Eisenbahnarbeiterausstand war,
welcher einerseits mehr Solidaritätsgelübde,
andererseits aber auch mehr Widerstand
herbortrief, als irgend eine ähnliche Be-
wegung unserer Zeit.

Bei Vorfällen während des Ausstandes
wurden von den Verbänden die Bundesgerichte
des Landes angerufen. Die Gerichte
erließen Einhaltsbefehle, welche den Leuten
verboten, ihre natürlichen und gesetzlichen
Rechte auszuüben und wurden diese wegen
angeblichen Bruches dieser Befehle ohne
Weiteres vor Gericht gebracht; in dieser
Weise wurden die Leute ihres Rechts, vor
ein Geschworenengericht gestellt zu werden,
thatsächlich beraubt.

Auf Befehl des Präsidenten der Ver-
einigten Staaten wurden Bundesstruppen in
verschiedene Staaten geschickt unter dem Vor-
wande, den innerstaatlichen Handel vor
Störung zu bewahren, in der That aber,
um die streikenden Leute unter Aufsicht zu
halten. Die Selbstregierung, das vielge-
rühmte Recht der Staaten, wurde nicht be-
achtet, und trotz der Proteste der Gouver-
neure, in deren Staaten die Bundesstruppen
geschickt wurden, war eine hochmüthige und
verächtliche Behandlung deren Autorität die
einzige Antwort, die beliebt wurde.

Die verbündeten Arbeiter Amerikas sind
nicht gefesselt, noch sind sie dem Lande
weniger ergeben als ihre Mitbürger in
anderen Lebenslagen, aber wir wollen ver-
stehen, daß, wenn die Verfassung unseres
Landes und Staates für uns Lohnarbeiter
bindend ist, es diese ebenfalls für die höchsten
Gewalten unseres Landes ist. Der Präsident
der Vereinigten Staaten hat nicht mehr ge-
setzliches oder moralisches Recht, die unserem
Volke und unseren Staaten verbürgte Ver-
fassung zu brechen, als der geringste Bürger,
und nur durch einen männlichen und klaren
Entschluß können wir unsere Rechte hoch-
halten und verteidigen, so daß wir auf eine
Fortdauer unserer Republik hoffen können
und sie der Nachwelt hinterlassen, nicht nur
allein unangefast, sondern noch erhabener.

Bei Beginn des Ausstandes wurde das
Exekutiv-Komitee der Federation of Labor
mit Berichten ansehnend versehen und auf
dem Laufenden erhalten. Zwischen dem 5.
und 8. Juli beschlossen mehrere Gewerbe-
Verbände in Chicago, in einen Sympathie-
streik einzutreten. Das Verlangen, der
Präsident der Federation solle zur Schlich-

tung der Streitigkeiten nach Chicago kommen,
wurde erfüllt. Nach eingehender Beratung
mit den Vorständen der am allgemeinen
Streik beteiligten Organisationen und dem
Zitieren des Eisenbahnarbeiterausstandes
wurde beschlossen, den Arbeitern zu em-
pfehlen, zur Arbeit zurückzukehren, da das
weitere Verharren im Streik nutzlos sei.
Diese Handlungsweise des Exekutivkomitees
wurde vielfach heftig kritisiert und als den
Interessen der Arbeiter zuwiderlaufend be-
zeichnet. Der Jahreskongress wird darüber
zu entscheiden haben, ob der Beschluß ein
richtiger war.

Bzüglich der Einwanderung wurde be-
sichtigt, daß der Präsident wiederholt bei
Ausführung des bestehenden Gesetzes von
den Staatsbeamten befragt und hinzuge-
zogen sei. Das Gesetz verweigert den Ein-
wanderern die Landung, welche feste Kon-
trakte mit den Unternehmern abgeschlossen
haben. Das Gesetz wird vielfach unangenehm,
besonders ist es schwer, solche Unternehmer
vor den Gerichten zur Rechenschaft zu ziehen,
weil die zurückgewiesenen Einwanderer nicht
als Zeugen herangezogen werden können.
Das Gesetz müßte dahin geändert werden,
daß solche Einwanderer als Zeugen zurück-
gehalten werden können. Gegen einen Ver-
trag, welchen der Staatsfretär mit der
chinesischen Regierung bezüglich der Chinesen-
einwanderung schließen wollte, wird in dem
Bericht Protest erhoben. Nachdem nach lang-
jährigen Erwägungen die Chineseneinwan-
derung beschränkt worden ist, dürfte diese Be-
stimmung nicht durch einen Vertrag durch-
brochen werden. Es ist kein Abscheu der
amerikanischen Arbeiter gegenüber den
Chinesen wegen deren Abstammung vor-
handen. Aber ein Volk, welches von der
Kultur unberührt ist und im eigenen Lande
sich auf barbarische Weise behandeln läßt,
ein Volk, welches die Lebenshaltung und die
gesellschaftliche Stellung der Arbeiter anderer
Länder bedroht, kann uns nicht zur Ver-
brüderung veranlassen.

Der Bericht bespricht weiter die Verstaat-
lichung der Telegraphen, die Gesetzesvorlage
für die seefahrende Bevölkerung, wobei be-
zont wird, daß die unter amerikanischer
Flagge segelnden Seeleute in rechtlicher Ab-
hängigkeit sich befinden und eine geringere
Lebenshaltung haben als die Seefahrer
anderer Länder. Der Arbeiterfeiertag, der
erste Montag im September jedes Jahres,
wurde am 28. Juni 1904 gesetzlich festge-
setzt. Eine Gesetzesvorlage, nach welcher ein
Arbeiterauschuss Erhebungen über die Lage
der Arbeiter zu anstellen sollte, ist im Parla-
ment eingebracht und dürfte die Zustimmung
der organisierten Arbeiter finden.

Eine Zusammenkunft der Vertreter der
verschiedenen Organisationen in den Ver-
einigten Staaten fand am 11. und 12. Juni
in St. Louis statt. Zweck der Zusammen-
kunft war die Beratung der Frage, ob eine
Einigung aller Organisationen möglich sei.

Es waren vertreten: American Federation
of Labor, Knights of Labor (Ritter der Ar-
beit), Organisation der Lokomotivführer, Or-
ganisation der Beamten der Eisenbahn, Or-
ganisation der Lokomotivheizer, Verband der
Eisenbahnschaffner, Nationalverband der
Bläser grüner Flaschen, Bund der Land-
wirthe.

Die Zusammenkunft stellte sich auf den
Standpunkt, daß vollständige Selbstverwal-
tung der Organisationen und Verwerfung
der zeitweiligen Verbindungen oder zweierlei
Zeitungen in einem Gewerbe notwendig sei.
Der Kongress hat darüber zu berathen und
dürfte der Vorschlag zu empfehlen sein, daß
halbjährlich solche Besprechungen abzuhalten
sind.

Ueber das politische Programm spricht
sich der Bericht des Präsidenten keineswegs
in klarer Weise, sondern höchst verschwommen
aus. Wir wollen diesen Theil des Berichtes
wörtlich wiedergeben:

„Auf der letzten Zusammenkunft wurde
den uns verbündeten Körperschaften ein Pro-
gramm zur Besprechung unterbreitet, worüber
wir auf dieser Zusammenkunft einen Bericht
wünschten. Hierbei ist es meine Schuldig-
keit, daß ich sage, daß die Unterbreitung des
Programms von einer großen Zahl Mit-
glieder so aufgefaßt wurde, als hätte der
Verband dasselbe gut gehehen.

Eine Anzahl von Forderungen, welche
das Programm enthält, wurde fast in jedem
Gewerbe-Verbande der ganzen Welt gestellt,
aber hübsch zahm und fast verheißt finden
sich diese entsprechenden Erklärungen. Sie
sind nicht nur widerspruchsvoll, sondern auch
entschieden schändlich, und wenn sie auch
die Wahrheit zur Grundlage haben, so sind
sie doch unpassend zur Besprechung und
liegen uns so fern, daß wir mit ihnen uns
und unsere Bewegung unseren Mitarbeitern
gegenüber in ein wenig beneidenswertes
Licht stellen. Wenn sich unsere Verbindung
damit befaßt, so werden dadurch zweifellos
viele hervorragende politische Gewerbe-Ver-
bände abgehalten, sich uns anzuschließen und
mit uns zu kämpfen, um zuerst das Beste
zu erlangen.

Es ist albern, sich einzubilden, daß die

Lohnarbeiter bei der Arbeit zeitig sein, und bei den Wahlen des Staates aber als Wähler haben die Beamten Junglinge können. So etwas Widerspruchsvolles war noch nie: Autokratie in der Werkstatt und Demokratie im politischen Leben. In Wahrheit haben wir noch nicht einen Schritt gethan, um Einfluss auf öffentliche Angelegenheiten zu erlangen, selbst nicht um unsere Verbände gesetzlich anerkannt zu sehen. Es ist auch bei den Vorarbeiten zu dem Programm nicht genau die Lage der Arbeiterbewegung in Großbritannien berücksichtigt. Die verbündeten Lohnarbeiter jenes Landes benutzen jede Gelegenheit, welche ihnen gesetzlich und von Nutzen erscheint, um die Gesetze zu erlangen, welche sie wünschen. Sie bemühen sich, die aus dem Felde zu schlagen, welche sich ihnen entgegenstellen, und erwählen diejenigen, welche die Gesetze zum Vortheile der Arbeiter gestalten und wo sie dazu Gelegenheit haben, erwählen sie einen Vertrauensmann der Verbände zum Parlament und anderen öffentlichen Aemtern. Der parlamentarische Ausschuss des britischen Gewerbeverbandes ist ein Arbeiterausschuss, welcher Stimmung für Arbeitergesetzgebung macht. Dieser Bahn mögen die verbündeten Arbeiter Amerikas mit folgen, die Erfahrung empfiehlt das und es bringt guten Erfolg.

Derjenige würde in der That künftighin sein, welcher den verbündeten Arbeitern empfehlen würde, unabhängig bei der Wahl zu stimmen und nach Gefallen Politik zu treiben. Wir sollten alles Mögliche thun, um unsere Mitarbeiter vor ihrer Verbindung mit den großen politischen Parteien zu warnen; das ist der erste notwendige Schritt, um sich der Lohnarbeiter zu vergewissern, damit sie für die Interessen der Lohnarbeiter eintreten, Lohnarbeiterfragen erörtern und für organisierte Lohnarbeiter als Vertreter stimmen.

Während des vergangenen Jahres begaben sich die Gewerbeverbände vieler Orte auf den politischen Kampfplatz, sie stellten ihre Kandidaten für öffentliche Aemter auf und es ist traurig, zu sagen, aber dennoch wahr, daß sie an allen diesen Orten politisch unterlagen und in die Gewerbeverbandsbewegung kam dadurch mehr oder weniger Unemittigkeit und einige Verbände wurden aufgelöst.

Wie der Erfolg sein würde, wenn eine solche Bewegung unter der Aufsicht des amerikanischen Arbeiterverbandes in's Werk gesetzt würde mit allen seinen zugehörigen Verbindungen, ist ernstlichst nachzudenken werth. Ich brauche Sie nur auf die Thatfache zu verweisen, daß der National-Arbeiterbund, der Vorgänger des amerikanischen Arbeiterverbandes, im Jahre 1872 den sogenannten unabhängigen politischen Kampfplatz betrat und seinen eigenen Kandidaten für den Präsidentenstuhl der Vereinigten Staaten aufstellte. Es ist gleichfalls wahr, daß der National-Arbeiterbund nach diesem Falle nie wieder eine Zusammenkunft hatte. Der Wirrwarr in den Arbeiterverhältnissen, das Gerede und der Mangel unter den Arbeitern von dem Jahre an bis zum Wiederaufstehen der Verbände, ungefähr im Jahre 1880, muß noch lebhaft im Gedächtnisse derjenigen haften, welche damals Gewerbeverbänden angehörten, und brauche ich dieses nicht zu wiederholen.

Angesichts unserer eigenen Erfahrung, sowie der Erfahrung unserer britischen Mitverbündeten, stelle ich ihnen die Frage, ob es nicht klug gehandelt wäre, unser Schiff sicher aus dem Kanal zu steuern, dessen Wasser bedeckt sind mit geldüchternen Hoffnungen und zerstörten Verbänden.

Ob wir als ein allgemeiner Verband hoffen können, zu Felde zu ziehen und Kandidaten für Beamtenstellen zu ernennen, müssen sich die Arbeiter noch umfassender verbinden, und müssen erst bessere Erfolge durch Versuche in Ortschaften sich zeigen. Eine politische Arbeiterbewegung kann und wird keinen Erfolg auf den Trümmern der Gewerbeverbände haben.

Diese Zusammenkunft ist eine wichtige, wichtiger als irgend eine vorhergehende. Wir verlangen einen fähigen Ueberblick des Kampfplatzes, genaue Untersuchung, klugen und vorsichtigen Rath und tüchtige Thätigkeit, so daß wir alle Hindernisse aus dem Wege räumen und die Rechte der Arbeiter feststellen können.

Nachdem der Bericht auf die gegenwärtige Geschäftslage und die geringen Anzeichen der Besserung hingewiesen, wird betont, daß Angeht dessen eine Stärkung der Organisation dringend geboten ist.

Es wird des Weiteren empfohlen, Vorberathungen dafür zu treffen, daß im Jahre 1898 eine größere Aktion zur Durchführung des Achtstundentages inszenirt werden kann. Es wird in Aussicht zu nehmen und daran festzuhalten sein:

1. Vorbereitung zu treffen, um allgemein einen achtstündigen Arbeitstag für alle Arbeiter oder, wenn das für praktisch gehalten wird, mögen ein oder mehrere Gewerbe ausgewählt werden

(mit der Zustimmung der beteiligten Verbände), zu geeigneter Zeit im Jahre 1898 einzuführen; unsere eigenen Verbände mit ihren Hilfsmitteln haben die Pflicht, diese Bewegung zu unterstützen.

2. Wir sollten die Durchführung des Achtstundentages verlangen, sowie dessen Ausdehnung auf alle Angelegenheiten der Regierung.

3. Alle Arbeit für die Regierung soll von der Regierung ausgeführt werden, ohne Dazwischentreten von Unternehmern.

4. Ein Gesetz soll gegeben werden, sowohl von der Bundesregierung als auch von den einzelnen Staaten, welches die Beschäftigung der Frauen und Kinder in Fabriken, Werkstätten, Mühlen und Bergwerken für eine längere Zeitdauer als 8 Stunden verbietet.

Wegen ein in Aussicht genommenes, durch Gesetz einzuführendes zwangsweises Schiedsgericht spricht sich der Bericht mit aller Entschiedenheit aus. Besonders gefährlich ist die projektirte Bestimmung, daß die Verbände eventuell mit ihrem Vermögen dafür haften sollen, daß ihre Mitglieder die von einem solchen Schiedsgericht getroffenen Anweisungen erfüllen.

Streitigkeiten zwischen Arbeiter und Arbeitgeber mögen im Allgemeinen durch Schiedsgerichte geschlichtet werden, aber wenn das geschehen wird, so wird das nur dadurch kommen, daß sich die Arbeiter besser organisirt und ihre Macht und ihr Recht mehr Anerkennung gesunden haben.

Der erste Schritt muß sein, sich zu verbünden, der zweite, sich zu verbinden, der nächste bringt vielleicht ein Schiedsgericht, aber zwangsweises Schiedsgericht — nie.

Eine in Aussicht genommene umfangreiche Agitation für die Schuymarkte würde unterbleiben, weil die beteiligten Verbände in Folge der ungünstigen Konjunktur die genügenden Mittel nicht zur Verfügung hätten.

Ueber das Zentralorgan der Organisation, den seit März d. J. erschienenen „American Federationist“, wird berichtet, daß das Blatt durch Annoncen und Abonnementsgelder mehr eingebracht habe, als seine Herstellung kostete. Es wird dann noch auf die Sendung der englischen Arbeitervertreter, John Burns und David Holmes, zum Jahreskongreß aufmerksam gemacht und darauf hingewiesen, daß die gegenwärtige Situation gezeigt hat, daß gerade die Verbände, welche hohe Beiträge erheben und ihren Mitgliedern mehr bieten, die ungünstige Konjunktur besser überstanden haben. Es wird daher dringend geboten sein, die Beiträge und die Leistungen der Verbände zu erhöhen.

Der Bericht des Kassirers der American Federation of Labor werden wir, weil er gleichfalls eine Aeußerung über das politische Programm enthält, in einer der nächsten Nummern veröffentlichen.

„Correspondenzblatt.“

Etwas Neues von unseren Industriearbeatern.

Der neueste Kurs hat nicht nur die Junker zu einem frisch-fröhlichen Auszug herausgerufen, sondern auch unsere Schlotbarone sind offenbar der Meinung, daß jetzt ihre Zeit gekommen sei, daß sie es jetzt wagen dürfen, selbst diejenigen Vasser abzuschütteln, die ihnen auferlegt wurden, um die „gerechten“ Forderungen der Sozialdemokraten zu erfüllen und dadurch die Arbeiterschaft von der Sozialdemokratie fernzuhalten.

Ein günstiger Wind hat einem unserer Genossen folgende Schriftstücke zugeweht:

1. „Vertraulich.“

Gesammtverband
Deutscher Metallindustrieller
Geschäftsstelle:
Berlin SO., Schlesischestr. 26.

Rundschreiben Nr. 5.

Berlin, 1. November 1894.
An den verehrlichen Vorstand des
.....
zu

„Die Lasten, welche die sogenannte sozialpolitische Gesetzgebung der Industrie auferlegt, mehren sich von Tag zu Tag. Noch sind die zahlreichen Mängel nicht beseitigt, an welchen zweifellos die bisher erlassenen Gesetze und insbesondere die Ausführungsbestimmungen zu denselben leiden und schon wieder geht die Regierung daran, durch Erweiterung der Unfallversicherung die auf diesem Gebiete anscheinend bestehende Verwirrung zu vergrößern. Neben den pekuniären Anlässen sind es vor Allem die durch unendliches Schreibwerk und unfruchtbarer Verhandlungen hervorgerufenen Zeitverluste, welche die Thätigkeit des Industriellen wesentlich beeinträchtigen. Es erscheint d. ungenügend über geboten, daß die bereits bestehenden

Gesetze reformirt, in der Weiterführung der „Sozialreform“ aber eine Pause gemacht werde.

Zahlreiche sozialpolitische Enthusiasten und theoretische Schwärmer beschließen fortgesetzt die Regierung und selber auch die Mitglieder der Volksvertretungen. Die industrielle Praxis hat sich bisher an der fortgesetzten Diskussion über die „Lösung der sozialen Frage“ verhältnismäßig wenig betheilig; sie findet ungenügend ihrer anstrengenden Thätigkeit nur selten die Zeit hierzu; auch besitzt nicht jeder Arbeitgeber die eingehende Kenntniß der Gesetzgebung und Verwaltung, über welche die fachwissenschaftlichen Theoretiker verfügen. Dagegen steht dem Industriellen ein werthvolles Material zur Verfügung, welches geeignet ist, auch die glänzendsten Darlegungen der sozialpolitischen Ideologen zu widerlegen: Das sind die jeweiligen Erfahrungen, welche er innerhalb seines Betriebes bei Anwendung der einschlägigen Gesetzgebung gemacht und erlitten hat.

Diese Erfahrungen, welche allein einen richtigen Maßstab für die Beurtheilung der Ergebnisse der staatlichen Sozialpolitik bieten, gelangen nur verhältnismäßig selten und vereinzelt an die Öffentlichkeit. Der Gesamtverband hat bereits vor Jahresfrist beschlossen, gegen die Auswüchse der sozialpolitischen Gesetzgebung Stellung zu nehmen. Er kann sich hierbei natürlich nur dann einen Erfolg versprechen, wenn er seine Ausführungen durch ein nennenswertes Thatsachenmaterial zu belegen vermag. Ein solches Material aber ruht in den persönlichen Erfahrungen der einzelnen Mitglieder. Die Kommission, welche im Mai d. J. mit der Fortführung der bezüglichen Arbeiten betraut worden ist, hat nunmehr beschlossen, einen Versuch zur Sammlung dieses Materials zu unternehmen. Sie übersendet zu diesem Zwecke dem verehrlichen Vorstande den anliegenden Fragebogen in der entsprechenden Anzahl von Exemplaren mit der ergebensten Bitte, auf möglichst vollständige und genaue Ausfüllung desselben seitens der Mitgliedschaft durch mündlichen Vortrag und event. schriftlichen Hinweis hinzuwirken.

Dem Fragebogen ist zur Vermeidung größerer Belästigung ein möglichst geringer Umfang gegeben worden. Wir wünschen der Hauptsache nach nur etwas von den bisherigen Erfahrungen zu hören, und zwar in konkreten Beispielen, welche die Mitgliedschaft auf dem zu bearbeitenden Gebiete gemacht hat.

Das eingehende Material wird selbstverständlich streng vertraulich behandelt werden. Erst nachdem dasselbe gesichtet ist, wird sich die Kommission darüber schlüssig machen können, ob sie die Ergebnisse dem Ausschusse unterbreiten und dem Gesamtverbande für Verwertung zu dem oben genannten Zwecke empfehlen soll. Die Kommission ist überzeugt, daß die Bereitwilligkeit der Mitgliedschaft bezugl. bei entsprechender Unterstützung durch den verehrlichen Vorstand aus der Gesamtheit unserer Bezirksverbände ein außerordentlich interessantes, in vielen Fällen wahrscheinlich überraschendes Bild von der Wirkung resp. Anwendung der sozialpolitischen Gesetze sich ergeben wird.

Wir bitten um gütige Rücksendung der ausgefüllten Fragebogen bis spätestens zum 16. Dezember d. J.

Hochachtungsvoll
Der Vorstand des Gesamtverbandes
Deutscher Metallindustrieller
Paul Beckmann, Dr. H. Gruson,
Berthold Körtling.
Der Geschäftsführer, Dr. Vosberg-Resow.

Anlage zum vertraulichen Rundschreiben vom 1. November 1894.

Fragebogen:

1. Welche Konflikte und Weiterungen sind Ihnen auf Grund der sozialpolitischen Gesetzgebung (die Thätigkeit der Gewerbegerichte, der Fabrikinspektoren u. s. w. einbezogen) mit Behörden, Arbeitern oder Beauftragten erwachsen oder bekannt geworden? (Möglichst genaue Darstellung der angegebenen Fälle erbeten.)

2. Welche Wünsche und Erfahrungen haben Sie insbesondere auf dem Gebiete des Beurlaubtens und des Fortbildungswesens zu verzeichnen?

3. Wie hoch beläuft sich die jährliche sozialpolitische Belastung Ihres Betriebes sowohl in der Gesamtsumme, wie auch in Prozenten der wirklich gezahlten Lohnsumme auf (Grund der Lohnnachweisungen für die Berufsgenossenschaften):

- a. Krankenversicherung?
 - b. Unfallversicherung?
 - c. Alters- und Invalidenversicherung?
4. Wie groß ist die Durchschnitts-Anzahl der Arbeiter Ihres Betriebes?

II
Verband Metallindustrieller
in Frankfurt a. M. und
Umgebung.
Höchst a. M., 3. Dezember 1894.
H. B.
Der Vorstand des Gesamtverbandes

Metallindustrieller beabsichtigt auf Grund eines aus den Kreisen seiner Mitglieder zu sammelnden Materials eine Denkschrift auszuarbeiten, welche i. B. der Reichsregierung zugestellt werden und dazu dienen soll, zur Beseitigung der Mängel der seitberigen sozialpolitischen Gesetzgebung beizutragen, und bei der weiteren Ausbildung derselben in einer den Interessen der Industrie dienenden Weise mitzuwirken. Um das Material für eine solche Denkschrift zu gewinnen, versendet der Verband an seine sämmtlichen Mitglieder hierübergehenden Fragebogen und ersucht sie hierüber, mir denselben mit Ihrer event. Antwort und Wünschen versehen, in nächster halber nächster 8 Tage gef. zurückzusenden, damit ich das Material dann zusammen an den Vorstand des Gesamtverbandes gelangen lassen kann.

Hochachtungsvoll der Vorsitzende
Bieten.

(Herr Bieten ist Betriebsdirektor der Deutschen Wasserwerksgesellschaft [Maschinenfabrik und Eisengießerei in Höchst a. M.]..)

Das ist also die Art und Weise wie die Industriearbeiter das überraschende Bild von der Wirkung der sozialpolitischen Gesetze zu Stande bringen wollen. Aus jedem Wort spricht die größte Gehässigkeit gegen diese Gesetze, aus jeder Zeile klingt die Aufforderung heraus, nur recht viele „Konflikte und Weiterungen“ vorzubringen, die dann „gesichtet“ werden.

Nun, die Arbeiter wissen, was sie von diesen Herren zu erwarten haben. Sie werden mit um so größerem Eifer für ihre Interessen eintreten, um derartige Versuche unschädlich zu machen.

Korrespondenzen.

Formex.

Velbert. Der in voriger Nummer der „Metallarbeiter-Zeitung“ angekündigte Streik bei der Firma Heitmann u. Wallenstein ist am 31. Dezember zur That geworden. Nachdem die Arbeiter sich mit der Firma bezüglich 28 Prozent Abzug nicht einigen konnten, sind 16 Formex in den Streik getreten. Trotzdem die Firma ohnehin schon die besten Akkordlöhne nicht bezahlte, so ist sie dennoch mit diesem Abzug an die Formex herangegetreten. Sämmtliche Arbeiter Velberts haben sich mit den Streikenden solidarisch erklärt. Sollte dieser Streik verloren gehen, so würde ein Abzug nach dem andern auch von den anderen Firmen und Branchen folgen. Denn die anderen Branchen haben ihre Arbeiter schon viel mit Lohnabzügen beglückt, so daß verschiedene Akkordlöhne schon auf ein Drittel heruntergekommen sind, was die Arbeiter mit Geduld hingenommen haben; denn sie konnten nichts dagegen thun, da sie nicht organisiert waren. Die Firma hat nun in der „Velberter Zeitung“ die Löhne der Streiker bekannt gemacht, wogegen die Streikenden in derselben Zeitung erwiderten. Auch hat die Firma Walter u. Ko. ihre Formex, 18 an der Zahl, nach dem Komptoir kommen lassen und gefragt, ob sie sich mit den Streikenden solidarisch erklärten. Nachdem dieselben mit „Nein“ geantwortet, berichtete die Firma an die „Freie Presse“ in Elberfeld, daß es nicht auf Wahrheit beruhe, daß sich sämmtliche Arbeiter mit den Streikenden solidarisch erklärten. Hätte nun ein Formex mit „Ja“ geantwortet, was wäre mit diesem geschehen? Der Inhaber der letztgenannten Firma, welcher hier als erste Stütze des „Dreifinns“ bekannt ist, wendet sich, wie wirgen Mittheilungen gegen den Buchdruckerstreik, gegen diesen Streik. Trotzdem der Kandidat dieser Partei, Herr Schmidt, bei seiner letzten Rede die volle Koalitionsfreiheit zu vertreten versprochen hat. Oder will vielleicht Herr Fischer der von dem Streik betroffenen Firma helfen? Was würde derselbe antworten, wenn ihn die Arbeiter fragten, ob er sich mit der Firma Heitmann u. Wallenstein solidarisch erklärte. Auch hat die Firma schon zwei Formex aus Witten engagirt, welche nicht ganz einen Tag ausgehalten haben und dann wieder abgereist sind. Freunde Formex können hier schlecht fortkommen, da die Formex selbst schweigen müssen. Sollte diese Firma Formex suchen, so warnen wir sämmtliche Kollegen, sich nach hier beiseite zu lassen, besonders die von Wilspe, Witten a. d. Ruhr, Made vom Walb, Wörde und Wevelsberg, auf welche die Firma ihre Hoffnung setzt. Es ist dieser Streik der erste in unserer Stadt von 5000 Metallarbeitern. Wenn ein Jeder agitirt, daß Zugug zurückgehalten wird, so ist der Sieg unser. Glück auf!

Gelbgießer und Gürtler.

Hamburg. Mitgliederversammlung des Artier, Gelbgießer, Schreifer u. s. w. Bezirksverein zum Bericht über die Versammlung vom 5. Dezember im Nr. 52 b. J. Kollege Alex (nicht Max) forderte im Anschluß an das Referat zum Eintritt in die Gewerkschaft auf. Die nun folgende Wahl der Ortsverwaltung ergab folgenden Resultat: Vorsitzender Harant, Kassirer Frick, erster

Neufor und Schriftföhrer Semke, Revisoren Wöhr und Bohmann, Gewerkschaftsdelegierte (Wiederwählige) Schulz und Gornat, Bibliothekar (Wiederwähliger) Hahn, für den Wahlbezirk (Wiederwähliger) Selbig (nicht Teilig), Wöhr und Sperlich (nicht Teilig).

Klempner.

Hamburg. D. M. u. B. Sektion der Klempner. In der am 11. Dezember v. J. abgehaltenen Versammlung referierte — da Genosse Krause wieder nicht erschienen war, um seinen Vortrag über die Wichtigkeit zu halten — Genosse Wessler über das Thema: „Die Lohnarbeiter im Mittelalter.“ In der darauf folgenden Diskussion sprach sich Herr Wöhr im Sinne des Referenten aus. Beim Punkt Vorstandswahl erklärte Witt, aus persönlichen Gründen keinen Posten im Vorstand wieder annehmen zu können. Es wurden Kahl als erster, Schauer als zweiter, Beholdmühliger, Liedemann als erster, Fackel als zweiter Kassierer, Fischer als erster Revisor und Schriftföhrer, Schiller und Poppendiel als Revisoren und Witt und Kahl als Delegierte zum Statut gewählt. Ein Antrag, dem ersten Bevollmächtigten eine Entschädigung von 8 M pro Monat zu bewilligen, wurde abgelehnt. Vom Vorstand war der Antrag gestellt, noch ein Wintervergütigen unserer Sektion abzuhalten, da das kombinierte Wintervergütigen so früh stattfand. Derselbe wurde angenommen und beschlossen, dasselbe im März stattfinden zu lassen. Von den Vorständen sämtlicher Sektionen Hamburgs lag ein Antrag vor, unsere nächstjährige Sommerausfahrt nach Blankenburg mit den anderen Sektionen gemeinschaftlich zu unternehmen. Hierüber entspann sich eine längere, lebhafteste Debatte, doch wurde der Antrag angenommen. Zum Bezirkskassierer für Wambel wurde Dammann gewählt. Daudt stellte sodann noch den Antrag, den arbeitslosen Kollegen 8 M zu Weihnachten zu schenken und wurde beschlossen, den Kollegen, die 14 Tage vorher im Arbeitsnachweise angeschrieben stehen und ihren Verpflichtungen gegen den Verband nachgekommen seien, dieses zu bewilligen.

Metall-Arbeiter.

Apolda. In unserer letzten Generalversammlung berichtete der Bevollmächtigte, daß in dem verflochtenen Jahre 25 Mitgliederverbände, eine Extra- und eine öffentliche Versammlung stattgefunden haben. In den Mitgliederverbänden wurden 7 Vorträge gehalten, 2 Vorträge mußten zurückgezogen werden, auch hat eine kleine Zunahme der Mitgliederzahl stattgefunden. Hierauf erwähnte er die anwesenden Mitglieder, teils ihre Pflicht zu thun, damit unsere Filiale, wenn auch langsam, immer größer wird und nicht zurückgeht. Nachdem der Kassierer Bericht erstattet, woraus ebenfalls zu ersehen war, daß die Kasse in geordneten Verhältnissen ist, was die Revisoren bestätigten, schritt man zur Neuwahl. Als Bevollmächtigter wurde Herrmann Leber, Schulbergstraße 22, wieder gewählt, und sind alle Sendungen nur an diese Adresse zu richten; als Kassierer wurde ebenfalls Paul Streine, Friedhofstraße 67, wiedergewählt; als Revisoren Paul Schöps, Eduard Schöngel und Hermann Köchler. Auch der Bericht des Bibliothekars Paul Schöcke fand bei der Versammlung Zustimmung und wurde letzterer ebenfalls wiedergewählt.

Berlin. Die Generalversammlung der Filiale „Nord“ des D. M. u. B. tagte am 17. Dezember v. J. in Reichers Festsälen. Da die Mitglieder teilweise durch längeres Arbeiten am pünktlichen Erscheinen verhindert waren, so wurde Punkt 3 der Tagesordnung, Stellungnahme zu dem Antrage aus Nürnberg, zuerst verhandelt. Kollege Kurgas unterbreitete der Versammlung diesen Antrag, der dahin geht, den Beitrag von 15 auf 30 M pro Woche zu erhöhen und den Mitgliedern ein Sterbegeld zu gewähren. Dagegen den folgende Antrag von Berlin: Erhöhung der Beiträge von 15 M auf 20 M wöchentlich unter Wegfall sämtlicher Extrasteuern, sowie Einführung einer Sanktionszeit von einer Woche zur Erhebung der Mitgliedschaft, vom Tag der Abreise an gerechnet, und gleichzeitig Herabsetzung der Mitgliedschaft von 2 auf 1 1/2 M pro Kilometer. In der hierauf folgenden Diskussion, an der sich die Kollegen Weutter, Dietrich, Kühn und Friede beteiligten, wurden diese Anträge auf das Entschiedenste zurückgewiesen und kam folgende Resolution zur einstimmigen Annahme: Die heute, den 17. Dezember 1894, tagende Generalversammlung der Filiale „Nord“ (Berlin) nimmt Abstand von dem Antrage Nürnbergs auf Erhöhung der Beiträge von 15 auf 30 M wöchentlich, in Anbetracht der traurigen wirtschaftlichen Verhältnisse der Arbeiter. In der Metallindustrie ist dies nur eine Schwädigung des Verbandes, es würde zur Folge haben, daß die schlecht gelohnten Arbeiter dem Verband den Rücken kehren, was unserer Organisation nicht zum Vorteil gereichen würde. Die Versammlung wendet sich im Ganzen gegen jede Er-

höhung der Beiträge, desgleichen gegen Zahlung von Sterbegeld, da dies mit einer Kampferorganisation nicht zu thun hat. Gleichzeitig wurde der Antrag einstimmig angenommen, daß die Mitgliedschaft so bleibt wie sie im Statute vorgelesen ist, daß aber jedes Mitglied 7 Tage Vorzeit hat bis es berechtigt ist, die Mitgliedschaft in Empfang zu nehmen, damit die Kollegen nicht gleich den ersten Tag die Mitgliedschaft abgeben. Hierauf wurde Punkt 1, Anträge von der Verwaltung, erledigt und der von der Verwaltung zum Vorschlag gebrachte Reorganisationsplan, Teilung der Filiale in drei Bezirke und Wahl der dazu nötig werdenden drei Bezirkskassierer, wozu gleichzeitig die Agitation in ihren Bezirken obliegt, beraten und einstimmig angenommen. Dann wurde Punkt 2, Wahl der Gesamtverwaltung, erledigt, und wurden einstimmig gewählt: als Bevollmächtigte die Kollegen Kurgas und Ent, als Kassierer Kühn und Dietrich, als Revisoren Friede, Wätsch und Frau Schmidt, als Schriftföhrer Kühn, als Hilfskassierer Gertig, Kahl, Kretschmer, als Beitragsammler Behn, Arbeiter, Anders, in die Bibliothekskommission Grotz, Dietrich, Kahl, und in die Beschwerdekommision Weutter, Haufe, Friede.

Darmstadt. In der Versammlung vom 6. Januar wurden in die Ortsverwaltung gewählt: als 1. Bevollmächtigter Thormann, als 2. Bevollmächtigter Wede, als 1. Kassierer Schmidt, als 2. Kassierer Selting, als Schriftföhrer Martin, als Bibliothekare Herrmann und Flanhart, als Revisoren Selting, Herrmann, Thormann. Beim zweiten Punkt schilderte Kollege Thormann das Zustandekommen im Mittelalter. In trefflicher Weise legte derselbe dar, wie sich im Mittelalter die verschiedenen Gewerbe zu Zünften organisierten und darnach gestrebt hätten, Antheil an der Regierung zu erlangen. Beim dritten Punkt wurde ein Brief des Vertrauensmannes vom Niederrheinischen Agitations-Komitee aus Düsseldorf verlesen, welcher folgende Fragen enthielt: 1. Welche gegenwärtigen Gewerkschaftsorganisationen sind am Orte vertreten? 2. Mit welcher gegnerischen Organisation haben wir es hauptsächlich zu thun? 3. Sind am Orte rechnerische Kräfte vertreten, welche sich uns auf unsere eventuelle Erklärung zur Verfügung stellen? 4. Können Mittel zur Unterstützung der Agitation aufgebracht werden? Hieran schloß sich eine längere Diskussion, hauptsächlich zwischen Herrmann und Schmidt. Die Antwort auf den Brief lautet, daß wir als Gegner die Hirsch-Dünder'schen haben, daß die Rechner unter uns nicht vorhanden sind, und daß, was an freiwilligen Beiträgen zur Agitation geleistet werden kann, geschehen soll. — Den reisenden Kollegen zur Nachricht, daß wir jetzt eine Herberge hier errichtet haben. Selbige befindet sich beim Wirth Stübgenbrudt, Blumenstraße, und werden die Kollegen ersucht, nur diese zu benutzen. Unsere nächste Versammlung findet Sonntag, den 19. Januar, bei Wittwe Hiltmann, Abends halb 9 Uhr, statt, und werden die Mitglieder gebeten, recht zahlreich zu erscheinen. Noch sei auf die Januarversammlung der Hirsch-Dünder'schen hingewiesen, zu welcher wir eingeladen sind; die Mitglieder werden dringend ersucht, Mann für Mann in dieser Versammlung zu erscheinen.

Eisenstadt. Die allgemeine Verwaltungsstelle des D. M. u. B. hielt am 29. Dezember v. J. ihre Generalversammlung. Aus dem Tätigkeitsbericht der Ortsverwaltung ist hervorzuheben, daß im abgelaufenen Jahre 15 Ausschüßigungen und 18 Versammlungen stattgefunden haben. Der Mitgliederstand war Ende 1893 75; neuangehört sind 72, übergetreten 11 und zugewandert 23 Mitglieder. Abgegangen sind im verflochtenen Jahre 65 Mitglieder, so daß die Mitgliederzahl sich nunmehr auf 116 beläuft. Sehr bedauerlich ist, daß von den früher bestandenem vier Fachvereinen der Dreher, Flachsen, Kesselschmiede, Schlosser und Maschinenbauer, welche eine Mitgliederzahl von über 700 hatten, nur noch 29 dem D. M. u. B. als Mitglieder angehören. Für die Hauptkassie in Eisenstadt betragen die Einnahmen 529 M 82 S, die Ausgaben 521 M 56 S, für die Lokalassie gingen 201 M 65 S ein, denen eine Ausgabe von 180 M 48 S gegenüber steht. Es ist somit für die Hauptkassie ein Kassenbestand von 7 M 76 S und für die Lokalassie ein solcher von 21 M 17 S vorhanden. Als Bevollmächtigter wurde Kollege Waldmann wieder gewählt. Für den selbständigen Kassierer Kurgas, welcher eine Wiederwahl nicht mehr annahm, wurde Kollege Haug gewählt. Als Revisoren wurden die Kollegen Buggie, Lautenschlager und Salzer, als Vertreter zu den Vereinigten Gewerkschaften Färle und Wildstein, als Geschäftsmänner Sprandel und Herrmann gewählt. — Den Zeitungsvortrieb hat Kollege Haug, Flurstraße 3, übernommen. Bei demselben werden auch Anmeldungen zum Beitritt jeden Tag Mittags von 12—1 Uhr und Abends von 6—8 Uhr entgegengenommen.

Essen. In Nr. 52 v. J. der „Met.-Arb.-Ztg.“ befindet sich unter „Essen“ ein Ver-

sammlungsbericht, der in einem wesentlichen Punkte eine Entstellung der Thatsachen in sich birgt. Der Verfasser läßt mich dort sagen: „Die Gewerkschaften seien nicht im Stande, dem konzentrierten Kapital erfolgreich gegenüberzutreten.“ Ich lasse es dahingestellt, ob diese Entstellung auf eine subjektive Empfindung oder aber auf objektives Mißverständnis zurückzuführen ist, Berichtigen sei nur erlaubt, daß ich gesagt habe: „In ihrer heutigen Stärke und Verfassung sind die Arbeiterorganisationen nicht im Stande als Kampforganisationen zu gelten. Geltingt es uns nicht, in gleich rascher Zunahme der Kapitalkonzentration auch unsere Verträge zu stärken, dann kann ich den Kampfcharakter der Gewerkschaften nicht anerkennen.“ Und im Verfolg dieser Ausführungen forderte ich dann zum schleunigen und massenhaften Beitritt zu den Gewerkschaften auf. — Ein jeder Kenner der industriellen Verhältnisse wird dieser meiner Ansicht rückhaltlos zustimmen, wie dies denn auch von dem größten Theile der Kollegen geschehen ist. Otto Hue.

Freiburg i. B. Am 29. Dezember v. J. fand die Generalversammlung der hiesigen Verwaltungsstelle statt. Der Bericht über die Kasse, welche von den Revisoren revidiert und für richtig befunden wurde, wurde angenommen. In die Ortsverwaltung wurden gewählt: Anton Fahrner als Bevollmächtigter, Karl Schöpp als Kassierer, Hoffmann als Schriftföhrer, Gerig und Ketterer als Revisoren. Bei dem Punkt: Stellungnahme zur Erhöhung der Beiträge, gelangte man zu keinem festen Resultat, weshalb die Diskussion auf die nächste Versammlung vertagt wurde.

Hersbruck. Am 30. Dezember v. J. fand die vierteljährliche Versammlung mit folgender Tagesordnung statt: Abrechnung pro 4. Quartal, Neuwahl, Verschiedenes. Dem Kassierer Fischer wurde Decharge erteilt. Gewählt wurden: Gertig als Bevollmächtigter, Dymann als Kassierer, Gull, Kohl und Julius zu Revisoren. Bei Punkt 3 wurde zu den Anträgen verschiedener Verwaltungsstellen auf Erhöhung der Beiträge, Stellung genommen. Auf Antrag von Fischer wurde einstimmig beschlossen: Entweder die Beiträge auf 20 M zu erhöhen und damit Wegfall aller Extrasteuern, oder die Verhältnisse zu lassen wie sie sind.

Heidelberg. Die hiesige Zahlstelle des D. M. u. B. hielt am 22. Dezember vor. J. eine außerordentliche Mitgliederversammlung ab. In Bezug auf den Nürnberger Antrag auf Erhöhung der Beiträge ließ nach einständiger Debatte eine Resolution ein, welche lautet: „Die heutige Mitgliederversammlung protestiert entschieden gegen eine Erhöhung der Beiträge und macht den Mitgliedern zur Pflicht, bei jeder Gelegenheit dem Verband Mittel und Mitglieder zu verschaffen.“ Die Resolution wurde angenommen. Von Seiten der „Zentralisation“ wurde bekannt gegeben, daß man betreffs der Revisorenprüfung eine andere Regelung treffen sollte, man sollte nicht den ganzen Tag ausfallen, weil Mitglieder auf der „Heimath“ schlafen und früh um 8 Uhr schon Unterstützung verlangen, mit der Antwort: sie kommen schon von Wambel. Um dies zu vermeiden, wird die Unterstützung Mittags von 11—1 Uhr und Abends von 5 Uhr ab ausbezahlt. Abends wird die Schlafmarkte abgegeben. Die Rechnerunterstützung wird auf der Zentralherberge zum „Narren Löwen“, Hauptstraße 7, ausbezahlt. Der Bevollmächtigte Georg Daub, wohnt Hauptstraße 11.

Regnitz. In der am 22. Dezember v. J. abgehaltenen Mitgliederversammlung wurden als Bevollmächtigter Julius Jäckel, als Kassierer Gustav Schützbach, als Revisoren Franz Gorbylewsky, August Barthel und Friedrich Stephan, als Schriftföhrer Julius Schulze gewählt. — Die nächste Mitgliederversammlung findet am Sonnabend, den 12. Januar, statt. Den reisenden Mitgliedern zur Nachricht, daß vom 16. Januar hier wieder die Mitgliedschaftskarte erteilt wird. Die Auszahlung findet an Wochentagen von 8—9 Uhr Abends, an Sonntagen von 11—12 Uhr, Mittags, statt. Herberge und Verkehrslokal Gasthof zum „Preußischen Hof“, neue Dahnenerstraße.

Ulm. Troßdem wir in Nummer 51 unseres Verbandsorgans die Mitglieder darum ersuchten, daß sie die Versammlungen besser besuchen möchten, war unsere am 29. Dezember v. J. abgehaltene Versammlung so schlecht besucht, daß die Neuwahl der Ortsverwaltung nicht stattfinden konnte, da wir doch 60—70 Mitglieder zählen und nur 12 in der Versammlung anwesend waren. Wir ersuchen die Mitglieder nochmals, die Versammlungen besser zu besuchen. Ober stehen die Kollegen in Ulmberg so gut, daß sie es nicht mehr nöthig haben, sich um die Organisation zu kümmern? Wir glauben doch, daß wir hier in Ulmberg nicht auf einem so glänzenden Standpunkte stehen. Kollegen, thut Erze Pflicht und haltet fest zur Fahne, damit unsere Zahlstelle mit euer der besten des Verbandes wird. Die General-

versammlung findet Sonnabend, den 12. Jan., statt, mit der Tagesordnung: Aufnahme neuer Mitglieder und Zahlung der Beiträge, Fragekasten, Verschiedenes. Neuwahl der Gesamtverwaltung, Abrechnung vom 3. Quart. Tausenburg (Gibe). Die im November 1893 gegründete hiesige Verwaltungsstelle zählte am 1. Januar 1894 14 Mitglieder, im Laufe des Jahres traten 19 bei, ausgestiegen 10, so daß die laufende Nummer 43 ist. Von diesen 43 sind 2 gestorben, 1 freiwillig ausgestiegen, 2 ausgeschoben und 20 reihen ab, so daß am Schluß des Jahres 1894 18 Mitglieder bleiben. Die Jahres-Einnahme beträgt: Bestand von 1893 M 9,67, 822 Wochenbeiträge 123,30, 72 Delegiertenmarken 7,20, 67 Jahresbeiträge 10,05, 19 Eintrittsgelder 5,70, M. 155,92. Ausgabe: An die Hauptkassie M 103,75, Porto und f. Ausgaben 10,41, für 2 Kranze und Schleifen 4,00, M. 135,25. Bleibt Bestand M 80,67. Auf Sammelstellen wurden für die Formirer in Nürnberg M 11 und für die Kollegen in Ulmberg M 37,25 zusammengebracht. Ferner wurden vom 1. Januar bis 6. Juni an 51 durchreisende Kollegen M 10,20 Kostenunterstützung gezahlt. Für 2 Delegierte zum Stiftungsfeste der Ulmberger Kollegen wurden M 5,40 ausbezahlt. Diesen beiden letzten Ausgaben steht eine spezielle Lokaleinnahme von M 15,25 gegenüber, es bleibt somit hierin ein Defizit von 85 S. Die Versammlung fand in jedem Monat eine statt, außerdem eine Extraversammlung zur Walfahrt. Der 1. Mai wurde durch Arbeitsruhe gefeiert. — Kollegen, aus dieser Uebersicht ersicht Ihr, daß wir wohl vorwärts gekommen sind, aber leider nur sehr mangelhaft. Es ist daher eines jeden Kollegen ernsteste Pflicht, im kommenden Jahre mehr als bisher für die Ausbreitung des Verbandes zu sorgen, damit wir am Schluß desselben mit einem besseren Resultate abschließen können. — Die öffentliche Metallarbeiterversammlung findet nicht statt, dafür wird eine öffentliche Gewerkschaftsversammlung abgehalten, zu der alle Kollegen freundlichst eingeladen sind.

Pforzheim. In der letzten Generalversammlung wurden folgende Mitglieder in die Verwaltung gewählt: Max Ringauer als Bevollmächtigter, Theaterstraße 27, als Kassierer Julius Hering, Stäufelstraße 4, als Revisoren Kammerer, Dettle, Kast. Die nächste Mitgliederversammlung findet Montag, den 21. Januar, statt.

Roßlau. In der am 29. Dezember v. J. abgehaltenen Mitgliederversammlung stand als 1. Punkt der Antrag Nürnberg auf Erhöhung der Beiträge auf der Tagesordnung. In der Diskussion sprachen sich mehrere Redner dahin aus, daß die Erhöhung auf 30 M doch zu hoch gegriffen sei, sie würden sich dagegen mit einer Erhöhung auf 20 M, ohne Extrasteuern, einverstanden erklären. Es seien in Betracht zu ziehen die schlechten Lohnverhältnisse, da bei bedeutender verkürzter Arbeitszeit nur ein Stundenlohn von 18 bis 25 S verdient wird, und so zum Beispiel die jüngeren Kollegen jetzt in 14 Tagen 15 bis 18 M ausbezahlt bekommen. Es wurde dann schließlich jede Erhöhung der Beiträge mit allen gegen 1 Stimme abgelehnt. Beim 2. Punkt wurde Kollege Franz Genemann, Klempner, als Vertrauensmann wiedergewählt. Unsere nächste Mitgliederversammlung findet am Sonnabend, den 12. Januar, statt.

Rüsselsheim. Zur wirtschaftlichen Freiheit der Arbeiter“ diene als Illustration nachstehender Revers, den ein Mitglied des D. M. u. B. bei seinem Eintritt in die Fabrik von Opel in Rüsselsheim a. M. unterschreiben mußte: „Ich unterzeichneter erkläre hiermit die Fabrikanten des Herrn Opel in Rüsselsheim a. M. und habe mich denselben zu unterwerfen. Nach § 7 dieser Statuten beträgt die gegenwärtige Stundlohnzeit 14 Tage und ist diese von mir einzuhalten. Dagegen kann Herr Adam Opel, wenn ich mir irgend Etwas, d. h. in politischer Hinsicht, was ihm nicht gefällt, zu Schulden kommen lasse, mich sofort entlassen. (Name).“ Jeder Kommentar würde hier nur abschwächen wirken. Wie sagte doch der Angeklagte der Firma Opel bei der letzten Verlobungsfestlichkeit: „Für Rüsselsheim existirt keine soziale Frage.“ Das merkt man!

Schönebeck a. d. Elbe. Die Metallarbeiter müssen doch recht glücklich und zufrieden sein, besonders hier in Schönebeck, denn von 3—400 Metallarbeitern, die hier beschäftigt sind, gehören nur ja. 20 dem D. M. u. B. an. Da nun dieser Verband für die Verbesserung der Arbeitsverhältnisse eintritt, so könnte es fast scheinen, als wenn unter den hiesigen Arbeitern nur einige wären, die mit ihren Verhältnissen nicht zufrieden sind. Dem ist aber nicht so, denn sämtliche Arbeiter klagen über ihre Lage, und sie haben auch wirklich Grund dazu. Es ist hier wie überall, die Löhne sind so bemessen, daß sie nur zur Bestreitung des Allernothwendigsten ausreichen. Klagen und Jammern, und wenn es keiner von den wohlhabenden strengen Herren hört, auch murren, das können die Arbeiter, aber wenn man sie auffordert, der Gewerkschaft beizutreten, oder wenn sie einmal ein kleines

besundes Opfer für die Arbeiterbewegung bringen sollen, dann sind sie nicht zu haben, dann gibt es so viele „Wenn“ und „Aber“.

Die Arbeiter sollten doch bedenken, daß ohne Opfer die Arbeitsverhältnisse nicht verbessert werden können. Diese Verbesserung müssen wir uns erkämpfen, denn ohne Kampf kein Sieg, und ohne Opfer, ohne Mittel ist auch wieder kein Kampf möglich. Darum möchte ich an die Arbeiter die Bitte richten, sich der Arbeiterbewegung anzuschließen, das heißt, nicht mit Worten allein, sondern mit der That zu helfen sie beweisen, daß sie willens sind, ihre Angelegenheiten selbst zu ordnen, sie müssen Kraftfäßig eintreten. Und den wenigen Kollegen, die dem Metallarbeiterverband angehören, denen möchte ich empfehlen, besser für den Verband zu agitieren und die Versammlungen fleißiger zu besuchen. Denn wenn die organisierten, die vorgeschrittenen Arbeiter so launig sind, wie kann man dann den unorganisierten Arbeitern einen Vorwurf wegen ihrer Laufigkeit machen? Daß es hier aber bald Zeit ist, daß Wandel geschaffen wird, das wird wohl kein einseitiger Arbeiter bestreiten können. — In der am 12. Decbr. v. J. abgehaltenen Mitgliederversammlung wurde als Bevollmächtigter Kollege Zeldenrost, als Kassierer Heinrich Seibel, Spann, Kühne und Sandau als Revisoren gewählt.

Schalle. In der am 22. Dezember v. J. abgehaltenen Generalversammlung, welche leider sehr schwach besucht war, wurden folgende Kollegen in die Ortsverwaltung gewählt: Heinrich Dahlen als Bevollmächtigter, Karl Krauer als Kassierer, Gustav Strauß als Schriftführer. Es wurde ferner unser Vereinslokal kritisiert. Die Lokalkommission stellte den Antrag, unser Lokal nach dem „Wilhelmshofgarten“ zu verlegen, da uns der Wirth schon zugestimmt habe. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. Daß die Versammlung so schlecht besucht war, das ist ein trauriges Zeichen für den Sinn der Mitglieder. Nicht nur die Mitglieder sollten in jeder Versammlung sammtlich am Platze sein, sondern sie sollten ihre Kollegen, welche der Organisation noch fern stehen, dazu bewegen, ihnen genügende Aufklärung geben, daß sie dem Verbands beitreten. Kollegen, wacht auf und vertrete in Zukunft Eure Interessen besser wie bisher.

Schweinfurt. Am 29. Dezember v. J. hielten wir unsere Versammlung mit Wahl der Verwaltung ab. Es wurden gewählt: Reiter, Bevollmächtigter; Winter, Kassierer; Wächter, Schriftführer; Christmann, Gud und Hartung als Revisoren. — Die Kollegen werden auf die am 12. Januar stattfindende Versammlung besonders aufmerksam gemacht. Tagesordnung im Lokal.

Entscheidungen. Am 20. Dezember v. J. hielt unsere Zahlstelle eine Generalversammlung ab. Bei Punkt 1, Neuwahl, wurden folgende Kollegen gewählt: als Bevollmächtigter Schneckenburger, als Kassierer Henke, Karlstraße 20, welcher auch von jetzt ab die Reiseunterstützung ausübt und zwar an den Werktagen Abends von 7 bis halb 9 Uhr, Sonntag von 11—1 Uhr Mittags. Zum Schriftführer wurde Strauß, zu Revisoren Dacher, Meinel und Clemens, zu Bibliothekaren Metz und Anthonrich, zu Delegierten zum Gewerkschaftskartell Schneckenburger, Henke und Henke gewählt. Der zweite Punkt, Erhöhung der Beiträge, wurde schnell erledigt, indem sich die Kollegen dahin ausgesprochen, daß bei Erhöhung der Mitgliederzahl abzunehmen würde. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: Die am 20. Dezember 1894 bei Louis Storz tagende Generalversammlung der Zahlstelle Entschließen erklärt sich gegen jede Erhöhung der Beiträge und verlangt von der nächsten Generalversammlung des D. M. V., die jetzigen Beiträge beizubehalten und wünschlich die Delegiertensteuer, sowie überhaupt jede Extrastener einzuschränken. Der Vorsteher forderte die Kollegen auf, immer nur dahin zu wirken, daß der Verband zunimmt, damit wir das Ziel bald erreichen werden, nach dem wir trachten. Sammtliche Sendungen sind zu richten an J. F. Schneckenburger, Stockacherstraße 48.

Metalldrücker. In der letzten zahlreich besuchten Mitgliederversammlung wurde zu dem Antrage der Schlosser und Maschinenbauer Nürnbergers in Betreff Beitragserschöpfung Stellung genommen. Der Bevollmächtigte Basel erklärte den Mitgliedern in ausführlicher Weise, daß wir die „Metallarbeiter-Zeitung“ unbedingt nötig haben, daß die Reiseunterstützung in keiner Art geschnitten werden darf, und daß dritten die Unterstützung bei Streiks sehr ungenügend sind. Aus allen diesen angeführten Gründen ergibt sich, daß die Beiträge unbedingt erhöht werden müssen. In der darauffolgenden Diskussion haben sich alle Anwesenden dafür erklärt, nur wurde von Einzelnen die Verstärkung laut, daß wir dadurch Mitglieder verlieren werden. Vom Kollegen Precht wurde es getabelt, daß bei Gründung des Verbandes der Beitrag nicht gleich höher gestellt worden ist. Von allen Kollegen wurde es

mit Freuden begrüßt werden, wenn der Verband auch Einzelne bezahlen würde. Vom Bevollmächtigten werden die Wünsche der Mitglieder berücksichtigt werden. Generalversammlung unterbreitet werden.

Zuläger. Nürnberg. Am 16. Dezember v. J. hielt die Sektion der Metallhändler ihre Generalversammlung. In die Ortsverwaltung wurden gewählt: Joh. Angler als Bevollmächtigter, Michael Schenker als Kassierer, Schreiber, Tischler u. Kolms als Revisoren. Zum zweiten Punkt: Die Sperrre bei Streik, wurde nach lebhafter Debatte beschlossen, die Sperrre so lange fortzusetzen zu lassen, bis sich Mittel einstellt, seine früheren Arbeiter, so weit diese gewillt sind wieder dort zu arbeiten, wieder einzustellen. Im Weiteren forderte der Bevollmächtigte die Kollegen zur kräftigen Agitation und zu regerem Besuche der Mitgliederversammlungen auf.

Schmiede. Nürnberg. In der am 30. Dezember v. J. abgehaltenen Generalversammlung der Sektion der Schmiede wurden folgende Kollegen in die Verwaltung gewählt: Mittelbauer, Bevollmächtigter; Eisenle, Kassierer; Meier, Denzler und Brunner, Revisoren; Wehringer, Bibliothekar. Der Jahresbericht wurde vom Bevollmächtigten, der Geschäftsbericht vom Kassierer erstattet. Als den Vorständen ist zu empfehlen, daß die Sektion im vergangenen Jahre an Mitgliedern zugenommen hat. Am 1. Januar 1894 hatten wir 57 Mitglieder, aufgenommen wurden in diesem Jahre 80, ausgeschieden 5, ausgetreten 24, abgereist 6, zum 1. Januar eingetret 2, bleibt ein Mitgliederbestand von 117. Die Gesamtsumme betrug 783,80, davon 481,40 nach Stuttgart gesandt, 223,64 am Orte verausgabt wurden. Davon seien 118,42 auf das Einkommen der Beiträge. Kassenbestand ist 40,00. In der Bibliothek sind 74 Bücher vorhanden, die Kasse derselben hat einen Bestand von 1,888. Des Weiteren wurde vom Kassierer Anzeige gemacht, daß viele Mitglieder ihren Verpflichtungen betriebs der Extramarke nicht nachkommen. Bei der hierauf folgenden Diskussion wurde allgemein gewünscht, daß die Extramarke wegsfallen und die Beiträge dementsprechend erhöht werden sollen. Der Antrag der Schlosser und Maschinenbauer auf 80 Pfund jedoch keine Sympathie. — Gleichzeitlich erwähnen wir die Kollegen, besser als bisher zusammen zu halten, die Versammlungen fleißiger zu besuchen, damit wir den Wünschen, die in diesen Werkstätten herrschen, entgegenzutreten können. Und vor Allem möchten die Kollegen nicht erlauben, uns neue Mitglieder zuzuführen, denn eine große Anzahl Schmiede sind hier, denen die Worte: „Organisiert Euch!“ zugerufen werden müssen. Zu bedauern ist es, wenn, wie in letzter Zeit, Mitglieder austreten, um bei Versammlungen verweilen als Vorstandsmitglieder zu fungieren.

Feilenhauer. Berlin. Eine Feilenhauerversammlung für Berlin und Umgegend, einberufen vom D. M. V., Filiale Berlin-Nord, beschäftigte sich mit den Zuständen in der Feilenfabrik von Reipser. Die Kommission, welche wegen der dort vor kurzer Zeit ausgebrochenen Differenzen, die mit Entlassung von fünf Kollegen endeten, gewählt war, erstattete Bericht und war laut zu dem Entschluß, daß Herr Reipser nicht selbst, da derselbe sich weigert um die Verhältnisse seiner Fabrik resp. Arbeiter kümmert, sondern an dem Sachverhalt ist, vielmehr seinen Herrn Werkführer, Eduard Vogel, ehemaliger selbstständiger Meister, die Schuld an der Entlassung trifft. Derselbe hat den Kollegen, um sich einen wöchentlichen Nebenverdienst zu verschaffen, Biermarken an, welche aus einem Lokal waren, wo Bohrtreiber versammelt wurde. Als die Kollegen sich weigerten, Marken zu entnehmen, wurden sie auf alle Art gekränkt. Ja, es ging soweit, daß die Kollegen einen Wochenverdienst hatten, der die kolossale Höhe von 8 Mk erreichte. Weiter wurde ihnen eine Fabrikordnung, obwohl es bis jetzt ohne eine solche ging, vorgelegt, welche zu unterschreiben sich die Arbeiter ebenfalls weigerten. Somit erfolgte die Entlassung. Es wäre wünschenswert, daß solche Kollegen dort in Arbeit treten würden, die dem Herrn einmal ordentlich die Fäuste einschneiden. Die Sperrre wurde über die Fabrik nicht verhängt, da drei von den fünf Entlassenen wieder Arbeit haben und es bei der großen Arbeitslosigkeit keinen Zweck hätte. Der zweite Punkt, Stellungnahme zur Gründung einer Sektion der Feilenhauer, wurde in dem Sinne erledigt, daß die Feilenhauer unter sich einen Vertrauensmann und einen Beitragssammler bestimmen. Diese beiden haben die Interessen der Feilenhauer beim Vorstand der Filiale zu vertreten, sowie die Feilenhauer Versammlungen einzuberufen. Unter „Verschiedenem“ sprach Kollege Hermann Mühl über die Behringsmühlerei und erbot sich, in kurzer Zeit einen Aufruf zu

erlassen, um derselben einen Damm entgegenzusetzen. Zum Schluß wurde die Filiale Berlin-Nord einer scharfen Kritik unterzogen, indem der Herr zur Gründung von Sektionen und Bezirksvereinigungen Lausende von Work hergibt und seine Arbeiter nur schlechtsten bezahlt. Auch bezieht sein Werkführer, Herr A. Beckmann, von der Arbeit der Behringsmühlerei nach seinem Gehalt Prozente. Im Uebrigen möchten wir den verlassenen Kollegen rathen, Werth so viel als möglich zu meiden, indem sich viele hier aufstehende Kollegen einem anderen Vorbezug zuwenden lassen.

Kudwigshafen a. Rh. In Bezug auf den Streik der Henner & Slegwart wird und noch geschrieben: Am Donnerstag, den 18. Dezember v. J., macht unser Mitarbeiter Hans bekannt, daß von nun an ein Lohnabzug von 10 Prozent bei Vollpreisen stattfindet und 2 Prozent für Werkzeugverschleiß. Natürlich waren wir mit dieser Lohnabzugsbescherung nicht einverstanden und beantragten auf selbigen Abend eine Zusammenkunft an, in welcher sämtliche Feilenhauer (bis auf 2 Mann, nämlich Christian Wilhelm und Franz Hoffmann, welche nicht erschienen waren) beschlossen, daß wir unseren alten Tarif aufrecht halten. Freitag Morgen, nachdem sämtliche Feilenhauer mit der Arbeit fertig waren, bedenkten wir dem Arbeitgeber, daß wir den neuen Tarif nicht anerkennen, worauf uns dann sofort gekündigt wurde. Nachdem eine Kommission, bestehend aus 2 Mann, bei Herrn Slegwart vorstellig wurde, erklärte dieser schließlich, daß er 6 Proc. mehr zugeben würde, was wir jedoch ablehnten. Nachdem nun der Vorstand am 22. Dezember erfolgt war, wurde wieder eine Kommission bei Herrn Slegwart vorstellig, um über unsere Sache zu verhandeln. Er erklärte schließlich, uns bis Donnerstag Bericht zu schicken, welchen wir denn auch in Form eines Briefes erhielten, der da lautet: „Vergunnehmend auf unsere Unterredungen von heute früh, bedauern wir, Ihnen mittheilen zu müssen, daß wir nicht mehr in der Lage sind, fraglicher Angelegenheit näher kommen zu können. Die Sache ist Ihrerseits einmal publizirt und hätte das Ganze noch einen anderen Eindruck, wenn Sie sich hätten dazu verstehen können, im Laufe voriger Woche diesen Punkt mit uns zu besprechen.“ Aus diesem Schreiben ersieht man erstens, daß Slegwart uns einen Vorwurf macht, weil wir ihn in der Zeitung publizirt haben, ja er erklärte uns einmal selbst, daß er von uns nicht erwartet hätte, daß wir ihn in der hiesigen „Vollstimme“ veröffentlichen würden. Demgegenüber können wir Herrn Slegwart versichern, daß wir auch nicht von ihm erwartet hätten, daß er uns vor den Weihnachtstagen mit einem solchen Lohnabzug beglücke und auf das Plaster werfen würde. Und zweitens konnten wir doch bei ihm nicht mehr vorstellig werden, da er ja unsere Forderungen kannte. Es ist allerdings sehr traurig, daß wir noch 2 Mann dabei hatten, die kein Solidaritätsgefühl haben. Dies sind (Soy, Erhart, eine bekannte Persönlichkeit, und Leopold Hofmann aus Wien) haben bis über die Feterlage thätig mit uns gekämpft und dann am Donnerstag die Arbeit wieder aufgenommen. Namentlich war Hofmann derjenige, der sich am energischsten über diese Lohnreduktion geäußert hatte und nachträglich den Eingeborsten. Es arbeiten somit in dieser Fabrik 5 Feilenhauer, im Ausstände befinden sich 14 Mann, wovon 3 abgereist sind. Es wird ersucht, den Zugang streng fernzuhalten, namentlich gilt dies für die Kollegen in Eßlingen und Eßentoben.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Bekanntmachung. Indem wir nachstehend die auf die Generalversammlung bezüglichen statutarischen Bestimmungen den Mitgliedern bekannt geben, berufen wir unter Hinweis auf diese Bestimmungen die

11. ordentliche Generalversammlung auf Montag, den 15. April 1895 nach Magdeburg ein.

Alle anderen auf die Generalversammlung bezüglichen Bekanntmachungen erfolgen später, nur weisen wir heute schon darauf hin, daß für die **Wahlkreisabtheilung** die Mitgliederzahl des IV. Quartals 1894, wie sie auf den Abrechnungen oder statistischen Zirkularen angegeben sind, zu Grunde gelegt wird. Es liegt daher im Interesse der Verwaltungsstellen selbst, dafür zu sorgen, daß die Mitgliederzahl am Schlusse des Jahres 1894 uns bald durch pünktliche Einreichung der Abrechnungen und Zirkulare mitgetheilt wird. Die Ortsverwaltungen, Bevollmächtigte u. wollen daher ihre Abrechnungen, Zirkulare u. bis **spätestens 15. Januar** einreichen (s. § 14 Abs. 8 des Statuts), andernfalls die Mitgliederzahl des 3. Quartals als Grundlage benützt werden muß.

Das Statut lautet bezüglich der Generalversammlung:

§ 15. Abs. 2. Die Generalversammlung wird durch Abgeordnete gebildet, welche durch

die Mitglieder aus deren Mitte zu wählen sind. Die Wahl erfolgt durch getheilt Abstimmlung mit abwechselnder Majorität. Zu ihrer Vorabnahme werden Wahlabschlüsse gebildet, welche der Vorstand festsetzt. Jede Wahlabschlüsse wählt für je 50 Mitglieder einen Abgeordneten; in die Zahl der Mitglieder wird durch die Wahl, wenn dieselbe 250 oder mehr beträgt, ein weiterer Abgeordneter zu wählen.

- § 16. Anträge, welche zur Verhandlung kommen sollen, müssen spätestens 14 Tage vor der Versammlung dem Vorstande eingereicht werden.
- § 17. Zu den Befugnissen der Generalversammlung gehören:
- a) Einmalige Änderungen des Statuts;
 - b) Prüfung, bezw. Bestätigung der Rechnungsabrechnungen;
 - c) Wahl des Zirks für den Vorstand, die Revisionskommission und den Ausschuss;
 - d) Wahl des ersten und zweiten Vorsitzenden, des Hauptkassierers, des Sekretärs des Vorstandes, und des Ausschusses;
 - e) Wahl des Revisors des Verbandesorgans;
 - f) Bestimmung der Beamtengehälter;
 - g) Entgültige Entscheidung über alle Verbandsangelegenheiten.
- Auch hat sie den Zeitpunkt zur nächsten Generalversammlung festzusetzen.

Am die direkt nach Stuttgart gehenden Einzelmittheiler der Hauptkasse bitten wir des Eruchens, mit ihrer nächsten Beitragszahlung ihre Mittheilung einzuzahlen, damit in denselben die durch Unzufriedenheit der Aiten notwendig gewordene Neuarbeitung der Ortsnummern vermerkt werden kann.

Sodann machen wir darauf aufmerksam, daß verschiedene Ortsverwaltungen u. ihre Adressenveränderungen immer noch nicht eingeleitet haben und wir in Folge dessen nicht in der Lage sind, das Adressenverzeichnis vor dem 1. Februar herauszugeben. Wir ersuchen daher um ungenügende Einreichung der noch nicht angemeldeten oder veränderten Adressen und bemerken, daß alle nach dem 15. Januar gemeldeten Veränderungen nicht mehr Aufnahme finden können.

Als zum 5. Januar hatten nachstehende Verwaltungen und Vertrauensmänner die Abrechnung vom 2. Quartal nicht eingeleitet und ergoht an diese unter Hinweis auf § 14 Abs. 8 des Statuts das Eruchen, dies umgehend zu thun.

1. Verwaltungsstellen.
 - Brühl v. Rön, Herrsch, Stalf, Dahr.
 - 2. Vertrauensmänner:
 - Kägerdorf, Trier.
- Abrechnungen des 3. Quartals stehen trotz wiederholter Mahnung noch aus.
 1. Verwaltungsstellen.
 - Wayreuth, Wieber bei Eßbach, Bromberg, Brühl, Gamen i. W., Derendorf b. Düsseldorf, Esfurt, Erlangen, Eßen (Klempner), Wilsdorf, Hagen, Hannover (Schmiede), Jannau, Hertsfeld, Stalf, Lahr, Wülhelm: a. b. Dühr, Posen, Reimsfeld, Sakschidig.
 2. Vertrauensmänner.
 - Altwasser, Rägerdorf, Muskan und Umgegend, Reimsfeld a. Rh., Sakschidig, Trier.
 3. Bevollmächtigte.
 - Reimark i. Wgtl., Juidkau.

Folgende Mitgliedsbücher sind unglücklich und anzuhalten:

55553 des Schlossers Hartwig Hausen, geb. in Stolant Fischeln (Schlesien) am 22. Juni 1874.

56688 des Schlossers Karl Holländer, geb. zu Fenchwongen am 31. März 1877.

75542 des Drehers Th. Sped, geboren in Karlsruhe-Wünzburg in Waden am 8. November 1875.

82140 des Klempners Karl Jura, geb. zu Werben (Altmark) am 29. März 1859.

Im Anschluß hieran machen wir bekannt, daß es in letzter Zeit mehrfach vorgekommen ist, daß für verlorene Mitgliedsbücher Ersatz verlangt worden ist und diese, nachdem sie ausgestellt und an Ort und Stelle gesandt waren, von den Bestellern nicht abgeholt wurden. Ebenso werden mitunter Ersatzmitgliedsbücher bestellt, ohne daß genügende Angaben, die eine Kontrolle ermöglichen, gemacht werden. Wir machen daher an dieser Stelle besonders darauf aufmerksam, daß wir nur dann Ersatzmitgliedsbücher ausstellen, wenn die genauen Personalien, die Hauptnummer des Mitgliedsbuches, der Tag und Ort des Beitritts, die letzte Verwaltungsstelle, an die der Buchverleiher seine Beiträge entrichtet, sowie die im letzten Jahre zwecks Erhebung des Mitgliedsbuches berührten Orte angegeben werden. Anstatt dieser letzteren Angaben können auch von den in Frage kommenden Ortsverwaltungen beglaubigte Angaben über die Endnummern des auf einer Tour erhobenen Mitgliedsbuches, sowie die Anfangs- und Enddaten und Orte einer jeden Tour eingeleitet werden und sind allen diesen Angaben 20 J.

